

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtagsblatt: Tageblatt Riesa.
Nummer Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststedtorto: Dresden 1830
Groschlaße Riesa Nr. 82.

Nr. 39.

Mittwoch, 15. Februar 1922, abends.

75. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabausgabe, monatlich 11.— Wurde einstieglisch Bringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gemüse für das Erreichen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftpfalle (7 Silber) 2,50 Mark; zeitraubender und kostbarer Schrift 50% Aufschlag. Nachzahlungs- und Abfüllungssatz: Riesa. Jährige Unterhaltungsbeiträge: Großherzog an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes — Notationsbrief und Vertrag: Danner & Winterlich, Riesa. Schätzstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Wittich, Riesa.

**Offentliche Aufforderung
an Arbeitgeber und sonstige Arbeitgeber zur Einreichung von Einkommensnachweisen
für das Kalenderjahr 1921.**

Auf Grund von § 40 des Einkommensteuergesetzes und § 84 der Ausführungsbestimmungen werden alle Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1921 Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt längere als zwei Monate beschäftigt haben, hiermit aufgefordert, für die von ihnen beschäftigten Personen, deren Arbeitseinkommen im Kalenderjahr 1921 sich auf mehr als 24 000 M. beläuft oder bei Umrechnung auf einen solchen Jahresbetrag belaufen würde,

bis 15. März 1922 Einkommensnachweise

für die Veranlagung zur Einkommensteuer bei der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt bei Arbeitnehmern einzureichen. Die Nachweise sind nach den Wohnorten der Arbeitnehmer getrennt einzureichen.

Die Verpflichtung zur Einreichung der Einkommensnachweise besteht auch für die Vorstände juristischer Personen und von Vereinen aller Art sowie für die Vorstände aller Stellen, Behörden und Ämtern des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Berufs- oder Pensionseinkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten sowie der Empfänger von Ruhegeholtern, Witwen- und Waisenpensionen oder Unterhaltsbeiträgen, wenn der Jahressatz der Bezüge 24 000 M. übersteigt.

Die Vorrede zu den Einkommensnachweisen sind von den Gemeindebehörden oder vom Finanzamt zu belegen. Sie werden in der benötigten Anzahl, die vor der Abholung vom Arbeitgeber festgestellt ist, unentgeltlich abgegeben.

Bei Ausstellung der Einkommensnachweise sind sämtliche Beiträge zu berücksichtigen, die dem Empfänger mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gezahlt worden sind, also neben Gehalt, Lohn, Nebengeholt auch Teuerungs- und Rinderzulagen, Renten, Wirtschaftseinlagen (laufende und einmalige), Gratifikationen, Unterstützungen, Dienstaufwand und dergleichen (§ 34 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes) oder unter sonstiger Benennung gewährte Beihilfe und geldwerte Vorteile. Die Erfüllung der Verpflichtung zur Abgabe der Nachweise kann mit Geldkosten bis zu 500 M. erzwungen werden (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Wer vorsätzlich irrtümliche Angaben macht und dadurch bewirkt, dass Steuern verkratzt werden, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefangenmarkt erkannt werden; verdeckte Steuerhinterziehung wird wie die vollendete Tat bestraft.

Riesa, am 31. Januar 1922.

Das Finanzamt.

Das sogenannte Schindeln und Rutscheln auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie das Rodeln an Abhängen öffentlicher Straßen hat in den letzten Tagen stark überhand genommen. Durch diesen Unfall ist der Verkehr auf den Straßen dieser Gemeinde außerordentlich gefährdet. Die Einwohnerschaft wird hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass alles Rodeln, Schindeln und Rutscheln auf öffentlichen Straßen und Plätzen in unserer Gemeinde verboten ist und gegen Zuwerthandeln unanständig mit den gesetzten Strafmaßnahmen eingeschritten werden wird. Eltern haften für ihre Kinder.

Weida b. Riesa, den 15. Februar 1922.

Der Gemeindevorstand.

Örtliches und Sachisches.

Riesa, den 15. Februar 1922.

* Dienstjubiläum. Der Rangierführer an der Eisenbahn, Herr Karl Schubert, Rundteil 2b wohnhaft, feierte heute sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

* Die Evangelisation des Herrn Superintendent Eiter hat gestern ihren Anfang genommen. Hatte sich zu dieser Stunde und die nächsten 5 Uhr, die wegen Noblenmangels nicht im Jugendheim, sondern in der Kapelle der Trinitatiskirche stattfand (dort sollen alle diese Bibelstunden stattfinden), zunächst nur eine kleine Zahl eingefunden, so waren abends 8 Uhr zu dem 1. Evangelisationsvortrage schon viele gekommen und lauthals gespannt den mit jugendlicher Frische vorgetragenen Ausführungen des Mannes mit dem Silberhaar über das Thema: „Gott ist in mir!“ Er führte etwa folgendes aus: „Gott liebt mich, das waren die Lebewei, die den Altar gebaut hatten mit der Auferstehung: Dem unbekannten Gott. Man hört auch heute das Wort viel. Leider ist es bei vielen nur eine bloße Phrase, man gibt sich einen gewissen christlichen Anspruch damit. Wer Gott wirklich von ganzem Herzen sucht, wird ihn finden. Wie kommt es aber, dass Gott so vielen Menschen und einzelnen Menschen unbekannt ist? Wenn wir in Gott leben, wenn er der Raum ist, in dem wir uns bewegen, wenn sein Geist in uns Gewissen geschrieben ist, woher die Verirrung? Wie ist es möglich, den unausprechlich nahen Gott zu verlieren? Die Antwort steht Römer 1: „Sie haben Gott nicht gedenkt und geprägt.“ Ohne Dank und Denken, wer so führt, strandet an der Küste des Sündentums. Wer sich im Hochmut und in Selbstgerechtigkeit aufsetzt, verliert Gott. Wer die Sünde und Welt liebt, verliert Gott. Die stille Verirrung ist immer früher als die geistliche. — Gott sucht den Menschen, er naht ihm in Christo. Gott war in Christo. „Ach, das ist der Sotheit gefallen möchte, sich zu offenbaren.“ Gott hat es getan. Wer zu Gott kommen will, kommt zu Christo, dem Heiler, dem Hebet, dem Verlöchner. Bei ihm findet man den, den man haben muss: Gott. — Heute abends 8 Uhr wird Herr Superintendent Eiter das Thema „Die wichtigste Lebensfrage“ behandeln.

* Ortskartell Riesa des D. B. B. Im Beamtentheim der Landespolizei fand am Montag eine außerordentliche Hauptversammlung des Ortskarteils Riesa (Deutscher Beamtenbund) statt. Hierüber wird uns berichtet: Im Jahresbericht bot der Vorsitzende, Herr Dreher, eine ausführliche Schilderung über die Entwicklung des Gewerkschaftslebens im Ortskarteil Riesa. Der Vorsitzende hob hauptsächlich hervor, dass er der Überzeugung sei, dass das Ortskarteil weiter in diesem eingeschlagenen Weg fortfahren müsse, um zu dem erwünschten Erfolg seiner Tätigkeit zu gelangen. Es wurden während des Jahres zur Unterstützung des geschäftsführenden Vorstandes Arbeitsauschüsse gebildet, die nicht zuletzt zu den im verlorenen Jahre erreichten geführt haben. — Die Erfahrungen des verlorenen Jahres haben dem Ausschuss für Gewerkschaftspolitik die Einsicht, dass man zur besseren Abwicklung aller Angelegenheiten sich besondere Richtlinien bedienen müsse und kam darauf zu, sich für das kommende Jahr grundlegende Richtlinien für seine Handlungswweise zu geben. Diese Richtlinien (Aktionsprogramm) wurden dann von der Versammlung genehmigt. — Der Haushaltplan des Ortskarteils wurde nach eingehender Beratung der einzelnen Punkte angenommen, anschließend die Rechnungssprüche für 1921 gewählt. — Infotige Befürderung der Handlungswweise des Ortskarteils, die sich auf Grund des Aktionsprogramms ergeben, mithin auch einige Satzungänderungen vorgenommen werden und wurden die Anträge, die leitendes des Satzungsausschusses vorgebracht wurden, im allgemeinen gutgeheissen. — Bei den Neuwahlen kam man nach längeren Ausprächen auf Herrn Kollegen Baumgärtner zu, der das Amt als stellvertretender Vorsitzender annahm. Als 2. Schriftführer wurde gewählt Herr Kollege Raabold, als 2. Schriftführer Herr Kollege Franke. Für die einzelnen Ausschüsse waren Ergänzungswahlen nötig; da man die Ausschüsse zur besseren Arbeitsfähigkeit aufzuhalten will, wurden Ausschüsse eröffnet, die sich auf Grund der vom Wahlausschuss vorgeschlagenen Kollegen decken ließen. Die vorgeschlagenen Kollegen wurden einstimmig für die betreffenden Ausschüsse gewählt. Hierauf erklärte der Vorsitzende einen kurzen Bericht zur Lage. Wegen vorgesetzter Zeit musste er seine Aussführungen in nur kurze Worte fassen; jedenfalls ging aber aus allen seinen Aussführungen hervor, dass der Erfolg des Streites nicht der war, wie er in den Zeitungsmeldungen der Öffentlichkeit vorausgesetzt wird.

Hierüber wird jedenfalls Nachfrage erst geschaffen werden, wenn die ganze Frage des Eisenbahnerstreiks in den Parlamenten endgültig zur Ausprache gelangt ist und die Nachwirkungen des Streiks in Erwähnung getreten sind. Man kommt zu diesem Punkt daher nicht länger sprechen, wiewohl hierzu noch viel zu sagen notwendig gewesen wäre. Es kam deshalb aus der Versammlung die Anregung, der Wichtigkeit dieser Frage volkst den für Mittwoch, den 15. er, angelegten gesetzlichen Abend fallen zu lassen und dasselbe eine Auflösungsversammlung abzuhalten, deren Tagessordnung schon bekannt gegeben wurde.

* Güterabfertigung. Von der Güterabfertigung Riesa wird uns mitgeteilt: Innerhalb der vorm. sächsischen Staatsbahn ist der gesamte Güterverkehr wieder aufgenommen. Gesperrt: Nach und durch die Direktionsbezirke Stettin, Königsberg (Pr.), Rostow, Schwerin für alle Güter. Nach und durch Direktionsbezirk Frankfurt (M.) für Frachtstückgut und Frachtgutladungen. Nach und durch Direktionsbezirk Mainz für Ladungen (auch Rückhaltpferre). Nach und durch General-Direktionsbezirk Karlsruhe für Ladungen. Nach und durch die Direktionsbezirke Altona, Überfeld, Essen und Trier für alle Güter. Nach und durch Direktionsbezirk Köln für Frachtgutladungen. Crefeld Ost O. u. Ue. für Südost und Ladungen. Ausnahmen bestehen teilweise für Zeitungsdruktpapier, Brennstoffe, Lebensmittel, künstl. Düngemittel, Buttermittel, Sämereien und sind bei der Güterabfertigung zu ertragen. Aufgehoben: Nach den Direktionsbezirken Halle, Magdeburg, Breslau, Berlin, Cuxhaven, Osnabrück, Hannover, Münster, Oldenburg, Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg und General-Direktionsbezirk Stuttgart.

* Dresden-V. Bandgericht. Am 22. Oktober vergangenen Jahres wurde in einer Wohnung auf der Bettinerstraße in Riesa ein gefährlicher Einbrecher überrollt und nach toller Jagd festgenommen. Es war dies der 1871 zu Friedrichsdorff geborene, bereits schwer vorbestrafte Handlungsbürologe Johann Friedrich Bahls, der mit über acht Jahren Justizhaus vorbestraft ist und allein noch rechtlich fünf Jahre zu verbüßen hat. Am genannten Tage war Bahls in Riesa eingetroffen, um sich angeblich bei einem Schuhsteller um Arbeit zu bewerben. Von einer Wirtschaft aus bemerkte er, dass die gegenüberliegende Wohnung des Kaufmanns Grapow leer stand. Da der alte Gewohnheitsverbrecher Spiegel im Bett hatte, drang er in das Haus ein, durchwühlte alles nach Geld und sonstigen Wertstücken, wurde aber mittin in der Arbeit durch Rückkehr der Wohnungsinhaber überrascht. Nach toller Jagd, die teilweise sehr aufregend verlief, konnte Bahls festgenommen werden. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der Spieghuber für ca. 15 000 Mark Schmuck- und andere Sachen zusammengepackt, die er alle im Stock lagern musste. Die fünfte Strafkammer verurteilte den Angeklagten, der auch unter falschem Namen auftrat, zu erneut zwei Jahren Justizhaus, fünf Jahren Ehrenrechtsverlust und Steuer unter Polizeiaufsicht. Da Bahls wiederholt geflüchtet, so wurde er gefestigt vorgeführt.

* Errichtung von Landarbeiterwohnungen. Die allgemeine Wirtschaftslage erfordert unbedingt Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Diese wiederum hat zur unbedingten Voraussetzung eine Belästigung der Landarbeiternot. Die Landarbeiterfrage aber ist heute zu einem erheblichen Teil eine Wohnungfrage. Die Erfahrungen im ländlichen Wohnungsbau in den zurückliegenden Jahren haben nur unscheinbar dargetan, dass eine wesentliche Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen ausschließlich mit Mitteln der produktiven Gewerbeleistungsförderung nicht möglich ist. Es ist daher dringend wünschenswert, sowohl es im Rahmen des allgemeinen Wohnungsbauprogramms möglich ist, dass die allgemeine Bau- und Wohnmittel in größerem Umfang dem Bau von Landarbeiterwohnungen aufgehen werden. Das Landeswohnen gämt ist bereit, für das Jahr 1922 Mittel für Bauaufenthalte an den Bau von Landarbeiterwohnungen zurückerfüllen, falls entsprechende Anträge in fürchterlicher Zeit, spätestens aber bis 31. März 1922 beim Landeswohnen gämt gestellt werden. Bei der Heranziehung der allgemeinen Bauhilfsmittel würde sich nach den Baukosten des Baujahrs 1921 die Sachlage ungern so gestalten, dass bei einem Gesamtbaupreis von etwa 70 000 M. für die Landarbeiterwohnung etwa 50 000 M. aus allgemeinen Bauhilfsmitteln hätten bewilligt werden können. Wie sich die Verhältnisse im Jahre 1922 gestalten, lässt sich noch nicht genau übersehen, jedoch ist mit einer ganz erheblichen Erhöhung der Baukosten zu rechnen. Anlass dazu wird der neue Gutshof ausbringende

Teil sich wesentlich höher als auf 20 000 M. belaufen. Genaue zahlmäßige Unterlagen lassen sich jedoch erst ermitteln, wenn die neuen Reichsbestimmungen über die Gewährung von Bauaufenthaltszulässigkeiten für das laufende Jahr erlassen sind. Soviel ist jedenfalls sicher, dass der heimische Landwirt einen wesentlich höheren Anteil an öffentlichen Mitteln für die Errichtung der Wohnung erhalten wird. Insbesondere muss daran dingenommen werden, dass sich die Baukosten sehr erheblich dadurch verbilligen lassen, wenn der Bauherr die Bauland selbst übernimmt, unter Umständen auch Holz aus eigenen Waldungen zur Verfügung stellt, oder vielleicht auch sonstige Baumaterialien (Riesa) an Ort und Stelle von ihm geliefert werden können. Es wird hier auf die Lage des einzelnen Falles sehr ankommen. Insgesamt fällt für den bauenden Landwirt, dass ihm für die Aufwendungen zugunsten des Wohnungsbaues die Vergünstigungen des § 59 der Novelle zum Einkommensteuergesetz (29. 3. 20) vom 24. 3. 21 zugute kommen, wonach bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in Abzug gebracht werden können: Aufwendungen für die Neubeschaffung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis 1923 einschließlich baulich beendet sind, sofern die Verwendung der Bauten für Kleinwohnungszwecke für mindestens 15 Jahre vor der Fertigstellung ab sichert ist. ... Die von der Einkommensteuerveranlagung abzugsfähigen Aufwendungen würden also unmittelbar zur Verbesserung des eigenen Betriebes Verwendung finden. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, dass die neuesten Gesetzesvorlagen auf dem Gebiete des Wohnungsbauens bestimmen, dagegen enthaltend enthalten, dass alle nach dem 1. Juli 1918 errichteten Wohnungen von der Mietericherhöhungsgesetzgebung freibleiben sollen. Mit der Annahme dieser Bestimmung ist aller Voransicht nach zu rechnen und damit, dass die Bauherrschaft letzten Endes nicht über die von ihm mit seinen Mitteln errichteten Landarbeiterwohnungen im Interesse seines Betriebes verfügen könnte. Falls Landwirte geneigt sind, die allgemeinen Bauaufenthaltszulässigkeiten in Anspruch zu nehmen, müssen sie unverzüglich die dazu notwendigen Schritte tun. Zur Auskunftserteilung und Unterstützung in dieser Frage ist die Landesleistungsgesellschaft Sachsen-Deim, G. m. b. H., Dresden-V. Ansiedlungsgasse 1, 2, bereit.

* Ein neuer staatlich geregelter Frauenberuf. Durch Verordnung vom 21. Januar 1922 hat das sächsische Ministerium des Innern die Ausbildung und Prüfung der Sozialbeamten (Wohlfahrtspflegerinnen) geregelt. Die Ausbildung für diesen Beruf erfolgt n. a. am Sozialpädagogischen Frauenseminar der Stadt Leipzig (ehemalige Hochschule für Frauen) und ist zweijährig. Abschlossen wird, wer den Nachweis einer hinreichenden Allgemeinbildung (10-jährigen Schulbesuch oder entsprechende Aufnahmeprüfung) und den Nachweis einer besonderen Fachbildung (Sozialpflegerin, Krankenschwester, Kinderärztin, Lehrerin, tausendjährige Ausbildung und sonstige praktische Berufstätigkeit) bzw. einer weiteren mehrjährigen Schulbildung erbringen kann. Der erste dieser Kurse beginnt Ostern 1922. Die Berufsausbildungen der Sozialbeamten sind gegenwärtig sehr günstig, desgleichen ihre Bezahlung, die nach Gruppe 6—8 des Beamten-Befolgsungs-Belegs (in Gruppe A 23 160—39 840 M.) erfolgt.

* Nach dem Ausland werden trotz wiederholter Hinweise immer noch Postkarten verlangt, die das nach den Bestimmungen des Weltportvertrages zulässige Höchstmaß von 14:9 zu überschreiten. Da solche Postkarten von den ausländischen Postanstalten als Briefe behandelt und daher mit hoher Nachgebühr belastet werden, wird dringend geraten, sie im Verlehr mit dem Ausland nicht zu verwenden. Die im Ausland zugelassenen größeren Postkarten können nur für den Verlehr mit der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet benutzt werden. Im Verlehr mit Chile sind wieder Weltbriefe bis 10 000 Et. zu den Weltpostvereinsbedingungen zugelassen. Die Leitung erfolgt wie früher über Belgien oder Niederlande und England. * Wann kommen die neuen Großmünzen? Es ist die irrtümliche Meinung verbreitet, die neuen Großmünzen im Werte von 1, 2, 3 und 5 Mark seien bereits in Arbeit und würden demnächst ausgegeben werden. Mit einer Ausgabe vor etwa einem Vierteljahr ist, wie durch die sächsische Münze in Muldenhütten bei Freiberg mitgeteilt wird, kaum zu rechnen, da zurzeit noch Erwagungen im Reichskabinettministerium schwelen, welche Metallposition gewählt werden soll. Zur Auswahl stehen zwei Sorten, von denen die eine aus Nick bestellt und mit Aluminium plattiert ist, während die andere aus reinem Aluminium hergestellt und mit einer rings am Rand stehenden Querstelle, die sich durch die Münze zieht,

verfehren ist. Die Urheberläufe machen äußerlich einen sehr guten Eindruck; in der Größe haben sie die Ausmaße der früheren entsprechenden Silberläufe, auch das Neukärra ist ähnlich, nur etwas älterzuer. Die Stücke mit Raupefeile haben einen schönen metallischen Klang. In der Haltbarkeit dürfte das Letztere die Stücke aus Blink mit Aluminium plattierte übertreffen, dagegen sind die Herstellungskosten wegen der Raupefeile höher. Die Nachahmung beider Sorten ist infolge eines geheimen Verfahrens, das den galvanischen Weg ausschaltet, nahezu ausgeschlossen.

— Aus der sächsischen Zentrumspartei.
Die sächsische Zentrumspartei macht zurzeit eine Krise durch, die sich in der Hauptstrophe auf die Zeitung erhebt. In der Redaktion des Parteiorgans der "Sächsischen Volkszeitung" ist plötzlich ein Wechsel eingetreten. Der Hauptredakteur und Abgeordneter Hehlein ist mit seinem politischen Gedankensystem plötzlich verabschiedet worden. Hehlein bleibt verlust, das in Sachsen ganz anders geartete Zentrum auf den öheren linken Flügel des Zentrums zu bringen. Sein Einleben für Erzberger war bekannt und wurde von weiten Kreisen der Zentrumspartei nicht geteilt. Weiter besteht auch die Absicht, im Parteisekretariat des sächsischen Zentrums einen Wechsel einzutreten zu lassen. Ebenso soll das nächste Ziel der Gegner Hehleins seine Entfernung aus dem Landtag sein. — Landtagsabgeordneter Hehlein lädt nun folgende Erklärung verbreiten: Ein Teil der Presse hat sich in den letzten Tagen mit der Stellung der sächsischen Zentrumspartei anlässlich des Redaktionswechsels in der Sächsischen Volkszeitung beschäftigt. Auf die vielen an mich gerichteten Fragen aus dem ganzen Lande erkläre ich vor allem, daß ich mich in vollem Einklang mit der Rechtspolitik des Zentrums befindet. Es liegt daher für mich nicht der geringste Anlaß vor, mein Mandat niederzulegen, zumal der Vorsitzender der sächsischen Zentrumspartei mir in seiner letzten Sitzung vom 31. Oktober 1921 einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen hat. Ich hoffe, daß der geschäftsführende Ausschuß der sächsischen Zentrumspartei jetzt, nachdem sich die breite Öffentlichkeit mit den Dingen beschäftigt, nicht fümmen wird, die Vertrauensleute aus dem ganzen Lande zusammenzuberufen. Bis dahin möchte ich, wenn irgend möglich, von einer weiteren Stellungnahme Abstand nehmen, soweit es sich um meine Person handelt. Aus diesem Grunde sehe ich auch vorläufig von einer Neuerung am Ende der Sächsischen Volkszeitung vom 14. ds. Wts. ab, trotzdem diese durchaus nicht den Tatlichen entspricht.

— Zeitschrift „Sächsische Heimat“. Der Verfassungsausschuss des Sächsischen Landtages hat einstimmig beschlossen, das Gesuch des Verlages der „Sächsischen Heimat“ in Dresden um Unterstützung seiner Zeitschrift der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen mit der Bitte, in einer Bekanntmachung alle Behörden, Volksbüchereien, Schulen, Verkehrsvereine u. w. auf die Bedeutung der Zeitschrift „Sächsische Heimat“, Herausgeber Kurt Arnold Windfuhr, für die Förderung sächsischer Volkskunst und Heimatsliebe aufmerksam zu machen und ihnen dringend anheimzugeben, diese Zeitschrift dauernd zu besieben.

— Von der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, wird uns gemeldet: Die am 13. Februar 1922 von der Ortsgruppe Dresden abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, nahm nach ausführlichem Bericht in eingehender Ausprache Stellung zum letzten Eisenbahnerstreik. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die Haltung der führenden Männer der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnerbeamter und -Arbeiter bei der Vorbereitung und Durchführung des Streikes wird schwärtestens verurteilt. Sie haben den deutschen Volkswirtschaft schweresten Schaden zugefügt und das Ansehen der Eisenbahner tief erschüttert. Die Haltung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner wird als vollkommen korrekt angesehen und der Gewerkschaftsleitung das vollste Vertrauen ausgesprochen. — Für die Zukunft wird jedoch erwartet, daß die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Beamten und Arbeiter mit aller Energie gewahrt werden und daß bei allen Aktionen möglichste Geschlossenheit der Organisationen hergestellt. — Von den Gewerkschaftsleitungen wird vor allen Dingen gefordert, daß die schwiebenden Verhandlungen in Berlin mit größter Beschleunigung und bestem Erfolge durchgeführt werden.

— Eine Heiratsordnung für Angehörige der Wehrmacht. Secret- und Maßnahmeverordnungsblatt veröffentlichten am 5. Jan. batürte Verordnung des Reichspräsidenten u. Reichswehrministers über das Heiraten der Angehörigen der Wehrmacht. Damals bedurfte alle Antragstellungen der Wehrmacht zur Verheiratung, die in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt wird, der Genehmigung ihrer Vorgesetzten, d. h. alle Offiziere und Militärbeamten der des Reichswehrministers, alle Untergen der eines Vorgesetzten mit mindestens Brigadestaffelrangwerte eines Bataillons-Kommandeurs. Voraussetzung ist die Erhaltung der schriftlich zu beantragenden Heiratslaubnis ist, daß der Antragsteller wie auch die Braut schuldenfrei sind, und daß die Führung des Haushalts in geldlicher Hinsicht gesichert ist. Außerdem muß die Einstige Chestou eines jeden Angehörigen der Wehrmacht inwandfreien Ruf geniesen, selbst achtbar sein und einer schützenden Familie angehören. Nur in besonderen begründeten Fällen kann Erlaubnis zur Heirat vor dem 27. Lebensjahr erteilt werden. Wird ein Antrag auf Heiratslaubnis abgelehnt, so müssen den Antragstellern die Gründe schriftlich mitgeteilt werden. Die Heiratslaubnis ist dem Antragsteller schriftlich zu geben zur Vorlage bei einem Standesbeamten. Aus den Erklärungen dazu seien noch folgende beiden Punkte hervorgehoben: Im allgemeinen muß angenommen werden, daß die Besoldung auch in den untersten Stufen der niederen Besoldungsgruppen zur Führung eines schuldenfreien Haushalts ausreicht, wenn die Besoldung einer ersten Einrichtung sowohl sichergestellt ist, daß die Besoldung des Chemanns nicht mehr wesentlich dazu herangezogen zu werden braucht. — Offiziere aller Arten und Militärbeamte haben zur Vermierung späterer Enttäuschungen wegen bestätigter Erlaubnis zur Geschleidung vor Veröffentlichung ihrer Verlobung die Zustimmung des zuständigen Vorgesetzten einzuholen.

— Nebet die Erhabvflcht für den durch
en Eisenbahnenkreis entstandenen
Schaden wird den „Dresdner Nachrichten“ aus Juristen-
kolomotivführer dem Reich und dem Volle entstandene
Schaden geht in die Hunderte von Millionen. Da die strei-
genden Beamten ihre Dienstpflicht strenglich verletzt
haben, unterliegt es keinem Zweifel, daß das Reich von
den schuldigen Beamten Erfaß verlangen kann, insbeson-
dere auch von der Reichsgewerkschaft, deren Vermögen, ein-
schließlich des Sitzesfallen, gemeinsames Eigentum der Mit-
glieder ist. Es ist durchaus geboten, daß das Reich das Ver-
mögen dieser Gewerkschaft durch das zuständige Gericht
sichzunahmen und im Prozeßwege seinen Erhabanspruch
dieses Vermögen vollstreckt läßt. Allein auch der ein-
zige Staatsbürger, der durch den Streik Schaden erlitten
— und deren Zahl ist sehr hoch —, kann die Reichsge-
werkschaft, aber auch den einzelnen streikenden Beamten
strafen machen und im Prozeßwege Erfaß verlangen. Da
der § 889 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einschlägt, kann
eingestellt bleiben; jedenfalls aber ist der Erhabanspruch
nach den §§ 886 und 880 B. G.-B. begründet. Denn es
offenbar, daß das vom Reichsstaat mit Recht als

Rechte diese d'niets rechtswidrige Verhalten ihrer Beamten gegen die guten Sitten verstößt; auch haben diese Beamten Gewalt, hoch durch ihr Verhalten anderen Bürgernossen erheblicher Schaden entwöhnt; sie haben also, indem sie trotzdem ihre Dienstpflicht verleichten, in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise anderen vorzüchlichen Schaden zugefügt und sind damit diesen anderen zum Ursatz des Schadens verantwortlich. Da sie in gewissen Zusammenwirken, also gemeinschaftlich gehandelt haben, so ist jeder einzelne für den gesamten Schaden verantwortlich. Dabon kann ihn auch keine Amnestie befreien, die Bürstechrechte nicht zu berühren vermag. Es läge im allgemeinen Interesse, um die Lust zu einer Wiederholung von Beamtenstreit zu nehmen, gleichzeitig, um welche Gattung von Beamten es sich handelt, wenn die in so schroffer Weise geschädigten Staatsbürger möglichst zahlreich die einen Weg beschritten.“ — Das Blatt fügt dem hinzu: „Wir geben diese Auskunft weiter, um zu zeigen, wie schwerwiegende finanzielle Folgen dieser mutwilligen Streit für die Reichs-gewerkschaft und den einzelnen Streikenden nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches haben können. So sehr wir den Streit verurteilt haben, halten wir es im allgemeinen Interesse jedoch nicht für erwünscht, wenn durch beratige Prozesse die beiderseitige Erbitterung auf Monate hinaus erhalten würde.“

Großenhain. Vorläufig festgenommen wurde ein biełiger Einwohner wegen verübter ärdirer Diebstähle zum Schaden zweier biełiger Industrie-Unternehmen. Der Be treffende hat, während er dort in Arbeit stand, nach und nach Werkzeuge, Blei, Pichter und andere Gebrauchsgegenstände im Gesamtwerte von über 2000 Mark gestohlen.

Dresden. Wegen Holzmaterialmangels müssen die städtischen Schulen vom 15. d. M. ab auf 14 Tage geschlossen werden. Dafür sollen die Osterferien auf eine Woche verkürzt werden.

Forst. Bei Weßnagl sollten zwei „Wölfe“ erlegt worden sein, und zwar sollte es sich um ungarisch-rumänische Wölfe handeln. Die Nachricht begegnete sofort Zweifel, und dieser hat sich auch als berechtigt erwiesen. Das „Forster Tagblatt“ schreibt nämlich: Die am Weßnagger Mühlsteich auf Strecke gebrachten Tiere sind Hunde, keine Wölfe. Jeder, der sie gesehen hat, ist durch das wollartige Aussehen gestutzt worden und hat sie für Wölfe gehalten. Die Weßnagger Gerd und Jöbne in Bobran haben, wie die Kriminalpolizei mitteilt, die Tiere bestimmt als ihre Wachhunde erklärt; am Dienstag voriger Woche wären die Tiere aus den Gehöften ausgebrochen und davongetragen. Forst kann also beruhigt sein, wilde Raubtiere haben sich nicht in die Umgegend der Stadt verlaufen.

Bu**s** bo la. Die Ortsgruppe des Reichssicherheitsverbandes für Handel und Gewerbe, Sitz Braunschweig (Zweistelle Chemnitz), hielt im Deutschen Haus eine Versammlung der selbständigen Steuerzahler ab, in der Verbandsdirektor Friedr. Nobl. Chemnitz, gegen die einseitige Befreiung und Begünstigungswillkür sprach. Es waren etwa 200 Teilnehmer anwesend, die nach eingerückten Anstürungen des Vortragenden einstimmig eine Entschließung an den Reichstag annahmen, die sich gegen die jetzige Steuergesetzgebung, insbesondere aber gegen jede Begünstigung bei der Umschau erneut aussprach. Diese Entschließung besaß u. a.: § 164 der Reichsverfassung, den Schutz der wirtschaftlichen Mittelschichten betreffend, werde von den berufenen Stellen gründlich mißachtet. Streiks und Konjunkturen sowie fortgesetzte steuerliche Enteignung beraubten die selbständigen Unternehmer immer mehr der Lebensfähigkeit. Demgegenüber rührten schließlich die Betroffenen auf Selbsthilfe zurück und durch Steuerverweigerung die Mittel zurückschalten, die für Einrichtungen und Personen verwendet werden, deren Tätigkeit dem § 164 a. a. O. zu widerläuft. Bei der Unzuverlässigkeit der Finanzlage des Reiches könne von den selbständigen Unternehmern auch nicht die Zahlung höherer Steuern verlangt werden, als diese angefangen haben. Es

Die Feuerwehr verlangt werden, als diese angegeben haben, so lange das Einspruchsvorfahren nicht abgeschlossen ist. Wie die Vorschlagsweise, so wird auch die rückwirkende, die Betriebsmittel raubende Steuersenkung abgelehnt. Der Reichsschutzbund, als Einheitsverband der gefährdeten Selbstständigen, wurde mit allen aus diesem Beschlusse sich ergebenden Maßnahmen beauftragt.

Die **U**l**d**a. In einer der letzten Nächte brannte das Bohnhaus mit angrenzendem Stall des Gutsbesitzers Oswin Merk in Heilau bis auf die Grundmauern nieder. sämtliche Getreidevorräte und Wirtschaftsgeräte sind den Flammen zum Opfer gefallen. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist darin zu suchen, daß ein Dienstmädchen einen augewärmten Ziegelstein ins Bett legte, das Feuer fing. Die 82jährige Mutter des Besitzers ruhte in Bettüchern zum Fenster herabgelassen werden.

Wickau. Unerhörtm Schlendrian ist man hier auf die Spur gekommen. Als eine Bewohnerin der Leipziger Straße von einer Feindseligkeit heimlehrte, sand sie ihre Eltern und jüngeren Geschwister bewußtlos vor. Zum Glück gelang es dem herbeigeholten Arzte, Wiederbelebungsversuche mit Erfolg anzustellen. In der Wohnung machte sich starker Gasgeruch bemerkbar. Nachforschungen ergaben, daß in der ein Stockwerk höher gelegenen Wohnung die ansiedelnde Mietpartei einfach die Gasbeleuchtungsförderung ausgeschräubt hatte, ohne für ordnungsmäßige Abdichtung der Rohrleitung Sorge zu tragen! Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erhoben. Eine als Folgeerscheinung eingetretene Explosion hat beträchtlichen Sachschaden angerichtet.

Ebenm. Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich
am Sonnabend vormittag in einem Hause in der Vorstadt
Stendör. Eine dort wohnhafte Ehefrau badete ihr drei
jungen altes Kind, wobei sie einen Schwächeanfall erlitt
und bewußtlos auf die Wiege fiel. Weil die Frau mit
ihrem Kinder allein in der Wohnung war, ist das Kind,
ähnlich die Mutter bewußtlos am Boden lag, im Bade-
raum entdeckt.

Delsingt. D. In einem der kleinen, bei dem großen
Rande von Delsingh verschont gebliebenen vier Häusern
an der Grabenstraße brach Feuer im Obergeschoss aus. Die
Flammen griffen bald auf das ebenfalls aus jener Zeit
stammende Nebenhaus über und vernichteten hier ebenfalls
den Dachstuhl. Die weiter bedrohten zwei Häuser konnten
im Glück erhalten werden. Die im Raubzettel Hause
wohnende Familie Schilbach, wo das Feuer auskam, konnte
er mit Mühe das nächste Leben retten. Die Kinder mußten
in den Betten gerettet werden.

Blauen i. W. Die Stadtverordneten haben zur Be-
staltung von Kleidungsstücken und zur Unterstützung von
Inderbemittelten ein Verechnungsgeld von insgesamt
100 000 M. in zwei getrennten Posten (800 000 und
20 000 M.) bewilligt. Der erste Posten soll hauptsächlich
zu denen, die Bestände der städtischen Kleiderkammer
ausreichen, aus der jährliche Erwerbsloge, die in Arbeit ver-
teilt werden, aber mit Berufskleidung, Wäsche und
Haushaltswaren bestellt besteht sind, ausgestattet werden. Die
Ausgabe der Kleidungsstücke erfolgt zu den niedrigsten
Preisen. Die geforderten 800 000 M. sind für den na

Unternehmungen vorzusehen, und zwar für Gewerkschaften vom Wahlberechtigt Unterstüttte, Betriebsratsältester und zehn stärkste Arme.

Leipzig. Der Wollflechtermeister Bruno Michel stand in der Thomaskirche eine Schaukunstvorstellung eines Schneiderschädels vertrümmert und daß man vor angeschwätzten Schaulustigen versteckt. Darauf nahm er sofort die Verfolgung eines Mannes auf, der zwei Schafe auf ihn ab gab, von denen einer ihn am Leibe verletzte. Trotz der Wunde verfolgte der Beamte den Einbrecher, konnte seine Festnahme aber nicht bewirken. — Der aus Brandis gebürtige 21 jährige Kraftfahrer der 8. Kompanie der Kraftfahrtabteilung 4 in Leipzig Orla Dietrich lockte einen Kraftfahrer seiner Kompanie mit der Vorstellungsgeldung, ein Vorsichtiger wolle ihn in den Wörterbäumen sprechen, nach dort. Während der Fahrt die Warterrunden absuchte, bestieg Dietrich den dunkelgrünen schwäbischen Militärwagen mit dem Kennzeichen 11-25 098, Motor Nr. 5010, und fuhr davon. Der Militärarbeiter ist, falls die Errellung des Täters nicht gelingt, ein Schaden von 850 000 Mark erwachsen. — Wie die "Leipz. Neue Sta." berichtet, soll die 23 jährige Tochter einer Leipziger Familie von ihren Eltern, die sich ein ärztliches Attest zu verschaffen gewußt hätten, auf Grund dieses Attestes in die Freienanstalt am Windmühlensweg gebracht worden sein. Erst nach sechs Tagen ist es dem Mädchen, das nicht seitgetötet, aber mit ihren Eltern wegen eines Liebesverhältnisses, das sie gegen den Willen der letzteren unterhielt, zerfallen sei, mit Hilfe ihres Bruders und ihres Brüderlings gelungen, die Freiheit wieder zu erlangen.

X Greif. Hier ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die vermutlich auf schlechtes Wasser zurückzuführen sein dürfte.

Dresdner Schwurgericht

— 8. Der Freitaler Vobnraub beschäftigte am heutigen Mittwoch das Dresdner Schwurgericht. Die Anklage bestraf gemeinschaftlichen schweren Raub und rückte sich gegen den 1899 zu Bitteree geborenen Baugewerbeiter Walter Erik Hölsel, den aus Caputh gebürtigen Maschinengewerbeiter Johannes Oskar Handke, den Schmied Karl August Heimann aus Almenau und den Landarbeiter Friedrich Karl Richter aus Bornstedt, sämtlich seit 12. Dezember in Untersuchungshaft. Die Verhandlung war bereits für den 8. Februar vorgesehen, der Eisenbahnerstreit verhinderte die Reise der beiden Verteidiger nach Dresden. Alle vier Angeklagten gehörten zu der von dem Kommunisten, Schriftsteller und Wanderredner Karl Robert Blättner organisierten Räuberbande, die sich besonders in der Halleischen Gegend festgesetzt hatte. Dort wurde auch vor reichlich Wochenfrist Blättner mit seinem ganzen Stab festgenommen. In vorliegender Strafsache bat Hölsel den Ankläter und Führer, freigesprochen zu werden, während Blättner nicht mit beteiligt war. Das waren beide aber als Ausübete beim Deubener Bankraub am 8. Juni vergangenen Jahres beteiligt. Letzterer beschäftigte bereits am 10. Oktober vorigen Jahres das Dresdner Landgericht, es handelte sich damals um Wegnahme der Autodrosche, die dann bei Ausführung der Tat zur Verwendung kam. Der eigentliche Bankraub befindet sich gegenwärtig noch im Stadium der Voruntersuchung. Unter Anklage steht der äußerst ferche und verwegene Vobnraub, der am 9. Dezember kurz vor dem Siemenswerk in Freital-Döhlen zur Ausführung kam und wobei fast eine Viertelmillion Mark Vobngelder erbeutet worden sind. Im Zusammenhang dreht es sich kurz um folgendes:

Drei Beamte des Siemenswerkes hatten am 9. Dezember Auftrag erhalten, die erforderlichen Lohngelder bei der Deutschen Bank in Empfang zu nehmen und nach dem Betriebe zu bringen. Der eine Beamte mit gegen 93 000 Mk. war bereits unbehelligt im Werke eingetroffen. Mit dem Rest der Lohnsumme in Höhe von 228 000 Mk. folgten die beiden anderen Werkbeamten. Als sie sich dem Betriebe übererten und nach selbigem einbiegen wollten, traten ihnen möglichst Radfahrer in den Weg und forderten mit vorgesetzten Waffen Herausgabe der Geldtasche. Im nächsten Augenblick enttraten die vier Räuber auch schon die Tasche mit der hohen Lohnsumme, namentlich vorher ein Versuch, einen Beamten Pfeffer in die Augen zu werfen, nicht völlig erfolgt war. Ein blauer Räuber hielt mit der Schußwaffe den an der Straße haltenden Milizkutcher und die im ihn herumstehenden Frauen im Schwach. Als der Raub erglückt, schwangen sich die fünf Banditen auf ihre Räder und entfamen zunächst unerkannt. Sie flüchteten durch Beilng in den dortigen Wald, wo sie von einer Anhöhe aus ihre ganze Verfolgung beobachten konnten. Der Raubversuch war vormittags in der ersten Stunde ausgeführt worden, erst nach Eintreten der Dunkelheit kamen die Verbrecher wieder heraus, fuhren durch Borsigwalde nach Dresden, und reisten dann wieder nach Berlin zurück. Dort folgten drei Tage später ihre Festnahme in einer der vielen Kasernen. Da erst stellte sich heraus, daß Hölsel mitgewirkt und daß er der Führer gewesen. Bei Festnahme der Lohnräuber wurden in ihrem Besitz nur noch 8 000 Mk. vorgefunden, sie waren aber andererseits unweisentlich in Anwendung gebracht haben dürften, wenn sie ihnen etwa bei der Tat oder auf der Flucht ein Hindernis in den Weg stellen würde. Der Raub war in der ersten Vormittagsstunde und an einem der belebtesten Punkte des Blauenischen Grundes begangen worden. Schnell waren Radfahrer und Autos hinter den Banditen her, verloren diese aber nicht mehr zu stellen, sie waren unweisentlich von Hölsel, der in dortiger Gegend aufgewachsen, aufgeführt worden. Der fünfte der am Raube beteiligten Banditen wird später abgeurteilt werden.

Kurt Seisers unsmärtliches Politik

Der vom bayerischen Landtag mit der Erörterung

ammlung und Bearbeitung der bayerischen Dokumente im Kriegsausbruch beauftragte Vorläufige der demokratischen Abstagsaktion, Staatsarchivar Dr. Dittl, hat die Sammlung der Dokumente beendet. Sämtliche Akten, Briefe und Mitteilungen der bayerischen Regierung werden Dr. Dittl diese Arbeit zugänglich gemacht, deren Ergebnis nun in zusammenhängender Darstellung als Gedächtnis des Süddeutschen Monatsschriften vorliegt. Den Ausgangspunkt der Aufstellungen bilden die Entwicklungen, die den frührer bayerischen Ministerpräsident Kurt Eisner am 28. November 1918 durch die offiziöse Korrespondenz Hoffmann vermittelten ließ. Dr. Dittl geht zunächst ein auf das Zusammensetzen Eisners mit Georgio Boerker, dem von ihm genannten bayerischen Gesandten in der Schweiz, mit dem österreichischen Finanzminister Jäger und dem amerikanischen Botschafter George D. Herren in Genf, der später zugab, nicht allein in persönlichen Beziehungen gestanden zu haben, obd sogar eine Bekanntschaft mit Jäger in Adressen stellte. Danach stellt der Direktor Eisners Auszug aus den bayerischen Gesandtschaftsberichten den Originalempfänger und beleuchtet dann die Auswirkungen des Abzuges auf das Verfaßter Friedensdiktat. Die Gegenstellung ergibt, daß die Auslassungen und die Rechtfertigungen, die Eisner vorgenommen hat, den Zusammenhang und den Sinn der Dokumente weitestgehend entstellen. Deutschland einleitig belasten. Eisner glaubte, wenn er erklärt, durch eine rücksichtlose Dokumentierung der tatsächlichen Schuld eine Verständigung mit den bisherigen queren Verhandlungsführern zu föhnen. Das Verfaßter Diktat

Wer dann diesen politischen Optimismus gewusst hätte erkannt, hätte sich doch die Wahrheit vom 29. März 1919 z. s. auch auf die Widerlichenen Entwicklungen, um Deutschland Schuld an dem Kriegsausbruch darzutun.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 15. Februar 1922.

Berliner Witterung zu den Staatsauskundschaftungen.

Berlin. Die "Zeit" erklärt: Damit ist der Versuch des Zentrums und der Demokraten, die große Koalition noch vor der Abstimmung in Sicherheit zu bringen, als abschert zu betrachten. — Die "Kreis-Zeitung" urteilt, daß der Gedanke der großen Koalition ausgemacht ist. — Der "Vorwärts" bestätigt, daß die Sozialdemokraten hätten durch ihren Vorsitz gezeigt, daß sie den Weg der Offenheit und Klarheit zu geben gewußt sind, und so könnten sie guten Ruhm in den Kampf des deutschen Tages gehen.

Weltkriegs Wörter.

Galle a. d. Saale. Vom Sachsenischen Schwurgericht wurde der Fleischer Stefan Gräfner wegen Mordes zum Tode verurteilt. Er hatte am 8. Juli des vergangenen Jahres gemeinsam mit einem noch lebenden Genossen den Kontoristen Lutz von der Elektrofirma in Bitterfeld vom Stab geschossen, um die Lohnsäder, die Lutz zusammen mit einer Kontoristin zu dem Werk brachte, zu rauben. Durch das Erscheinen von Douten, die infolge der Ölkrise der ebenfalls angegriffenen Kontoristin herbeigeführt waren, konnte der Raub verhindert werden, doch war der Kontorist Lutz bereits tot.

Eine Entscheidung in der Reparationsfrage.

Paris. Wie "Petit Parisien" mitteilt, scheint eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission sollte, wie Frankreich es verlangt habe, damit beauftragt werden, den Vertrag der deutschen Abnahmen für das Jahr 1922 festzulegen. Allerdings würden die alliierten Finanzminister gemäß dem britischen Vorschlage in London zusammenkommen, um sich über die Verteilung der deutschen Abnahmen zu einigen.

London. Vom "Daily Telegraph" versucht Polnische in der letzten französischen Verhandlung an die britische Regierung Großbritanniens die Verantwortung für jede Ablehnung der Mitwirkung von Nachbarstaaten aus den Händen der kleinen Entente auszuholen. Das sei zweifellos sehr gescheit. Man könne jedoch in dieser Frage nicht zwischen dieser oder jener alliierten Macht unterscheiden und auch nicht zwischen alliierten und neutralen Mächten, die eingeladen worden seien.

Besetzung der britischen Truppen von Malta.

Paris. Danas meldet aus Malta: In gut unterrichteten Kreisen werde erklärt, daß die Besetzung der britischen Truppen von Malta ins Auge gefaßt werde. Der Schuß dieser wichtigen Insel werde dann nur noch den Marine- und Luftstreitkräften überlassen bleiben. Aufschluß reiche dieser Plan in Verbindung mit dem Bericht Geddes.

Rumänisches Getreideausfuhrverbot.

Bukarest. Da das Ergebnis der neuen Statistik über das noch zur Verfügung stehende Getreide noch nicht vorliegt, wurde die Getreideausfuhr verboten. Die noch nicht ausgenühten Auslagerungen werden einer Nachprüfung unterzogen. Neue Abstimmungen über die Ausfuhr werden bald veröffentlicht werden.

Große Unterschlagungen in Budapest.

Budapest. Im Handelsministerium ist man großen Unterschichten auf die Spur gekommen, die durch den Rechnungsbeamten Ogerle durch Fälschungen der Bücher verdeckt wurden. Der Geldbetrag beträgt eine halbe Million Kronen. Ogerle wurde verhaftet.

Arbeitersausperrung in Schweden.

Stockholm. Da die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen wegen eines Lohnstreiks mit beträchtlich herabgelegten Lohnsätzen ergebnislos verlaufen sind, beschloß der Arbeitgeberverband, ab gestern die Ausperrung über die Arbeiter aller ihm angehörenden Betriebe zu verhängen. Von diesem Beschuß werden 170 000 Arbeiter unmittelbar und 30 000 mittelbar betroffen.

Die Unruhen in Indien.

London. Bei der Fortsetzung der Debatte über die Unruhen in Indien feierten auf die Thronrede brachte General Townshend mit anderen Mitgliedern des Hauses einen Abänderungsantrag ein, der besagt, die Erregung und die Unruhen in Indien seien auf das Verhalten der britischen Regierung während der drei letzten Jahre zurückzuführen. Dieser Abänderungsantrag geht auf ein Todesvotum gegen die Regierung hinaus. Der Minister für Indien, Montagu, erklärte, die Lage in Indien erschließe ihn mit großer Besorgnis. Es sei heute unmöglich, das Land in dem Zustand volliger Isolation zu halten. Es sei zu schweren

Unruhen zu kommen, die mit Gewalt unterdrückt werden müßten. Eine Ursache für die Unruhen in Indien sei die allgemeine wirtschaftliche Lage der Welt. Ein weiterer Grund liege in den diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und England, dem Vertrag von Sevres und der Fortsetzung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei. Die Neutralität Indiens habe niemals das Verlangen gefüllt, die Politik gegenüber der Türkei Großbritannien vorzuherrschen. Auf jeden Fall sei es aber in grohem Maße den Anstrengungen der indischen Truppen zu verdanken, daß die Türkei besiegt wurde. Infanteriehessen hätten die Indier das Recht, angebietet zu werden, wenn es sich um den endgültigen Frieden handele. Eine weitere Ursache für die Unruhen sei die in der ganzen Welt herrschende Verwirrung. Die Bolschewiken hätten Propaganda gemacht. Es müsse auch die industrielle Entwicklung und die zunehmende Zahl der in der Industrie beschäftigten Juden in Betracht gezogen werden. Die Löhne der Arbeiter würden nur sehr langsam erhöht. Die Arbeiterorganisationen entbehren der Erfahrung. Infanteriehessen sei es schwierig, Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wie in europäischen Ländern zu regeln. Lediglich seien die Indier auch sehr unzufrieden mit der Behandlung, die sie in anderen britischen Kolonien erfahren haben. Montagu schloß: Es sei für alle diese Tatsachen nicht verantwortlich. Er habe lediglich die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Indien. Die indische Regierung würde sich durchaus nicht auf Sando, wie ihr vorgeworfen werde. Wenn seine Verhaftung für notwendig gehalten werde, würde sie bestimmt erfolgen.

Amerika und die Konferenz von Genua.

London. Neuter meldet aus Washington: Im Weißen Haus wurde gestern erklärt, der Grund für den Aufstand der Unruhen beständig einer eventuellen Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua sei die Tatsache, daß offizielle Informationen über Ziel und Tugend der Konferenz fehlten. Welche Haltung die Regierung einnehmen wird, wenn Mitteilungen über das Programm der Konferenz so rechtzeitig in Washington eintreffen, daß Vertreter ernannt werden können, wurde nicht gesagt. Die allgemeine Aussöhnung in amtlichen Kreisen geht heute dahin, daß die Vereinigten Staaten nicht in offizieller Eigenschaft an der Konferenz teilnehmen können, wenn die Konferenz wie geplant, am 8. März beginnt.

Große Lage in Irland.

London. Am Oberhaus saute der Lordkanzler, die Partei in Irland sei äußerst ernst. Offenbar steht der größere Teil der republikanischen Armee hinter der proitorialen Regierung. Aber in verschiedenen Gegenden widerstehen die Truppen den Befehlen der proitorialen Regierung. Diese tue ohne Zweifel das Beste, um ihrem Willen Gehorsam zu verschaffen. Man müsse ihr deshalb helfen, soweit dies die Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber Ulster zuliehen.

Geheimnisvolle Schieberaffäre.

Wie aus Aiel gemeldet wird, steht dort augenblicklich eine Schieberaffäre weitte Kreise. Vor einigen Tagen rückte sich der Bierrenbäcker Mademann. Es verlautet, daß er durch Versprechungen großer Gewinne sich Geld verschafft habe, das er nicht habe zurückzahlen können, als die mitherausgewordene Geldgeber es zurückverlangt. Obwohl diese noch keine klarheit über die Angelegenheit herrscht, steht schon soviel fest, daß es um Millionen gegangen ist. Die Commerz- und Privatbank ist dabei durch ihren Kassierer um 250 000 Mk. geschädigt worden. Der Kassierer wurde verhaftet. Zwei ebenfalls in die Angelegenheit verwickelte Personen waren noch auswärts bereit, ziehen Mademann von dort telefonisch an und teilten ihm mit, sie würden sich erschießen, und er müsse dasselbe tun. Während letzterer sich wirklich das Leben nahm, zogen die anderen beiden es vor, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen. Der Konservat. soll 20 v. H. Gewinn verteilt haben. Man sagt, daß in einem kleinen Restaurant die Auszahlung der Gewinne erfolgte, große Stapel von Tausendmarknoten auf dem Tische lagen und die Abrechnung stundenlang dauerte. Welcher Art die Geschäfte gewesen sind, mit denen die Unternehmer die Gewinne aufbringen mußten, ist noch nicht bekannt; möglicherweise handelt es sich um Versteckung von Maidinen und dergleichen ins Ausland, wobei der Zusammenbruch des Unternehmens durch den Kontakt einer beteiligten dänischen Bank herbeigeführt worden ist.

In einer der letzten Nächte fand man Frau Mademann und ihr halbjähriges Kind sowie die Mutter der Frau tot auf. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Wie aus einem zurückgelassenen Briefe der Ehefrau hervorgeht, will sie die Tat aus Verzweiflung begangen haben, da sie von den angeblichen Gläubigern ihres verstorbenen Mannes mit rücksichtsloser Härte bedrängt worden sein soll.

Harte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt.

trübe Herbstabend von Dicht und Lang durchblutet erschienen — und daß dies die Scheidewand sei für immer — für immer. Ein wildes Gefühl stieg ihre in die Kiefe, es schlüttelte sie wie nährende Tränen; sie erhob sich rasch.

"Nun will ich also gehen," sprach sie abgebrochen.

"Einen Augenblick!" stieß er hervor. Er erhob sich ebenfalls. Sein Gesicht leuchtete unheimlich bleich durch die Dämmerung, und trotz dieser glaubte sie, seine Augen schmerzerfüllt auf sich gerichtet zu sehen. "Ich wollte Dir — Ihnen danken," sprach er müde nach einer kleinen Pause, "aber ich finde kaum Worte. — Ach, wie tief stecken wir allerorten in der Schuld. Es gibt so viele Liebe und Unabhängigkeit — Vergebung, ich wollte sagen: so viel Menschenfreundlichkeit und Güte — und wie wissen nicht, damit zu rechnen — ist es da ein Wunder, wenn eines Tages die Vergeltung?" Er seufzte. "Aber nein, nein! Sie haben Recht, daher darf es nicht kommen. Wir werden sehen müssen, was sich tun läßt. Ich danke Ihnen herzlich."

Es klang so trostlos, so nösig, als werde er höchstens aus Gewissenshaftigkeit an Verteidigungsmäzestruß gehen; sie vermochte noch nicht, ihn zu verlossen.

"Sie haben doch niemals so gehandelt," sprach sie weich, mit der ganzen Innigkeit ihrer Liebe.

Er schlüttelte abwehrend den Kopf. Reden wir davon nicht. — Verschleißt Verpuscht! — Über Sie wollen wirklich fort?

Sie war nun doch über die Schwelle getreten; mechanisch war er ihr gefolgt. "Ich muß mich beeilen," sagte sie, in wie der erwachender Angst, "ehe es ganz dunkel wird. Das Dorf war so belebt. — Mein Bruder Bruno erwartet mich in dem Querweg hinter dem Park," flügte sie hastig hinzu, da er eine Bewegung gemacht.

Er schritt trotzig mit ihr die Stufen hinab. Sein Auge durchstieß den Barten nach dem Park und Wald zu. Wenn jetzt vor seinem Geist dasselbe Bild wie vor dem ihren stand, so war es jener Moment, wo er als halber Knabe, sie, die Verleite, auf diesem Stege heimgekommen, wo er erschöpft unter diesen Kostenhain Halt gemacht und sie auf jenen Bäumen in trauriger Geligkeit seine Müße abzubilden.

Er schritt trotzig mit ihr die Stufen hinab. Sein Auge durchstieß den Barten nach dem Park und Wald zu. Wenn jetzt vor seinem Geist dasselbe Bild wie vor dem ihren stand,

Vermischtes.

Werb und Selbstmord. Der Direktor Roth hat nachhaltes Grand Bazar in Nürnberg wurde in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Obenfalls in der Wohnung lag tödlich verwundet seine Ehefrau, eine geborene Belauer. Unbekannt ist Roth von seiner Frau erschossen worden, die darauf die Waffe gegen sich selbst richtete.

Schweres Straßenbahnmangel. Wie aus Magdeburg meldet wird, entgleiste auf der vereisten Strecke Naumburgsbrücke ein Wagen der Straßenbahn. Er sauste die steile Straße hinunter und zerstörte an einer Mauer. Der Wagen fuhr und vier Studenten blieben auf der Stelle tot. 16 Fahrgäste wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Unglück in einer Gleiswirke Grube. Aus Gleiswirke wurde gemeldet: Infolge eines in einem Blindschlucht der Gleiswirke ausgebrochenen Stapelbrandes wurden 75 in der Grube befindliche Bergarbeiter durch Kohlenoxydgas betäubt. Zwei von ihnen muhten in das Knappholz-Lazarett gebracht werden. Die übrigen sind wieder wohlauf. Die Bergungsmannschaften haben die Brandstätte abgedämmt.

Die größten Glocken. Die größte Glocke der Welt, die wohl jemals gegossen worden ist, war die sog. Barren-Glocke, die in der Mitte eines Moskauer Palais stand. Sie war so ungemein groß, daß sie zugleich als Kapelle diente. Sie wurde 1783 fertiggestellt; aber bei dem Verlust, sie aufzuhängen, brach die Säule entzwey und sie stürzte zu Boden, wobei sie ein großes Loch in der Erde aufwühlte. Sie wurde also an Ort und Stelle gelassen und diente 100 Jahre als kleines Gotteshaus. Diese Kleinenloche wog nach den Angaben einer russischen Zeitschrift 219 Tonnen, war 19 Fuß 8 Zoll hoch, 80 Zoll dick und maß 23 Fuß 8 Zoll im Durchmesser. Die größte Glocke, die gegenwärtig noch benutzt wird, ist in Moskau; sie wiegt 128 Tonnen. Nach ihr hat der Anspruch auf die größte Ausdehnung eine Glocke einer Pagode in Biema, die 16 Fuß hoch ist und 80 Tonnen wiegt. In der Größenfolge der Glocken schließen sich dann an: die große Glocke von Peking mit 53 Tonnen, die Glocke des Kölner Domes mit 27½ Tonnen, die Glocke von Mainz mit 22 Tonnen, die Geläute des Hauptkirchen von Olmütz, Wien und der Pariser Notre Dame-Kirche mit je 17 Tonnen. Die Glocke der St. Paulskathedrale in London wiegt 16½ Tonnen und die von St. Peter in Rom 8 Tonnen.

Hunger-Briefmarken. Die Sowjet-Regierung hat zur Propaganda der Sammlungen für die russische Hungersnot Briefmarken ausgegeben, die auf die Hungersnot Bezug nehmen. Die Marken, die von Künstlern entworfen sind, zeigen verschiedene Bilder. Eine zeigt eine Menge von hungrigen Flüchtlingen auf, die in den verschiedenen Stunden der Ernährung am Ufer eines Flusses liegen; eine andere Marke stellt einen Hölzer des Klosters Kreuz dar, der einen Hungernden unterstüzt. Von diesen russischen Hungermarken sind vier verschiedene Arten in Rot, Braun, Grün und Blau ausgegeben. Die Bezeichnungen enthalten auch die Initialen der Sowjet-Republik, das Datum 1921 und eine Inschrift in russischen Buchstaben, die bedeutet "Für die Verhungerten". Lebhafte Hungerbriefmarken wurden in China vom Dezember 1920 bis zum November 1921 ausgegeben zugunsten der Sammlung für die Hungersnot in Nordchina. Auch in Ungarn und in Österreich sind solche Hungerbriefmarken im letzten Jahr gedruckt worden.

Ein Bischof als Einsiedler. In einem Haus, das er sich selbst gebaut hatte, ist der frühere Bischof von Tiron, Monseigneur Le Nordez, gestorben, 17 Jahre nachdem sein Name bei Gelegenheit der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich viel genannt worden war. Le Nordez huldigte sehr freitümlichen Anschauungen; man behauptete, er wäre ein Freimaurer und der Vertraute von Combes, der damals die Postblüte Frankreichs vom Katholizismus betrieb. Der Papst berief daher den Kirchenfürsten zur Verantwortung nach Rom, und obwohl ihm die transitorische Regierung befahl, dieser Auflösung nicht Folge zu leisten, begab er sich doch nach dem Bataillon und entfachte sofort nach seiner Rückkehr seinem Amt. Die Angelegenheit war Gegenstand eines heftigen Notenwechsels zwischen Frankreich und dem Bataillon und führte mit zu dem Abruch der Beziehungen. Der ehemalige Bischof aber zog sich nach seinem Heimatdorf Montebourg in der Normandie zurück, wo er einst als der Sohn des Dorfschneiders geboren worden war, und baute sich hier ganz allein ein Haus, in dem er bis zu seinem Tode lebte. In einer kleinen Kapelle hatte er dem Altar aufgestellt, vor dem er getauft worden war, die erste Kommunion erhalten und die erste Messe gelesen hatte. Er hatte ihn gelaufen, als die Dorfkirche abgebrochen wurde. Der bischöfliche Einsiedler ging in Holzdielen und geflebt wie ein normannischer Bauer, mietete seine Zuhause, zog seine Hühner und Enten auf und arbeitete auf dem Feld neben seiner Bebauung. Einige Zeit vor seinem Tode hatte er sich sein Grab in einem nahe gelegenen Hellen ausgehauen, und in dieser Grabammer wurde er beigesetzt.

"Wenn wir uns nicht mehr wiedersehen sollten —" begann sie; aber, da er verstört aussah, brach sie ab.

"Und nun sag das Weinengetöse des Querweges vor mir. Dort glaube ich meinen Bruder zu bemerken," sagte Agnes erstickt. "Also haben Sie Dank."

Sie vermochte doch nicht, ihm die Hand zu reichen. Sie hielt wie ein Röhr im Wind. Um keinen Preis hätte sie jetzt in sein Antlitz geschaut. Doch sah sie, wie er wieder die Hände im Mantel verschrankte. Durch seine ganze Schwiegertat staltete sich eine Bewegung.

Hoel! Hoel! rief es plötzlich in ihr; sie murmelte ein Gebet des Verwohl und wandte sich zur Flucht. War sie hergekommen, ihn herauszufordern, ihn seiner Pflicht abwendig zu machen?

Da strömte er ihre heiße Hände hin. Sie wußte kaum, ob sie die eine greifte. Sie eilte schon dahin über das weite Kraut des Weges. Der Morgen, der bisher leise hörte, rief sie an; begann dichter zu klauen; ein Windstoß fuhr durch die hohen Reben des Gestüppes.

"Agnes!" — Hatte sie den Ruf vernommen? Hatte ihre Mutter sie ihr vorgegeben? Nur weiter fort, bis sie aus seiner Schwelle war. Aber dann blieb sie stehen, und wie sie alles bedachte, war es plötzlich in ihr und um sie her lautes Sonnengold.

Giebel! Dennoch, dennoch gelebt! O, himmlische Garne-

herzigkeit, so überflüßt Du mich mit Glück! — Wenn ihre eigene Liebe so weit über mir geschlagen, daß, obwohl längst alles verloren gewesen, sie immer noch mit glühendem Schenkt nach einem Wiedersehen mit ihm verlangt, so war es kein Wagnis von ihr gewesen, nur eine Überraschung dessen, was wirklich war, nur das dunkle, unauslöschliche Bewußtsein, daß so die Natur nicht liegen kann, daß der sie nicht vergessen haben könnte, dessen Seelenkräfte immer flächlich aufgebaut waren in ihrer Nähe. Und nun — was sie auch mit ihm gemacht haben möchten, wie er sich hätte überreden lassen, wie er dem Zwange der Not gehorcht, ja, wie sein Gewissen, seine Herzensglücke — das war sie bestimmt — bis geflügelte Hände ihn als heilig würde betrachten lassen, sein Herz sie zu-

Nebenstellungen ab heute

auf das täglich erscheinende Miesener Tageblatt nehmen, jederzeit alle Zeitungsträger und die Geschäftsstellen, Goethestr. 50, entgegen. Betragssatz auf halben Februar einschließlich Bringerlohn Mark 5.50.

Hannchen!

Am Treffen Sonnabend abend 8—7½ Uhr Dresden-Göbeli. mögliche? Gib sofort Bescheid.

Herr Wünsch! Wenn kommt denn Genoveva-Musikfahrt — oder Sonntag, da wir in der Woche keine Zeit haben.

Geben hiermit bekannt, daß ich das Nokberg'sche Grundstück in Neuburkheim Nr. 30 förmlich übernommen habe. Der Besitzer,

Weißbunte Katze entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Guttm. Grünberg Nacht. Rödelstr. Schillerstraße 7a.

Jagdshund entlaufen. Geg. Belohnung abzugeben oder Nachricht erbet. am Gathhof Seehausen.

Verloren wurde Dienstag in Gröba von Volksschüler ein Turnhandschuh (Sandale). Gegen Belohnung abzugeben bei Herrn Sattlermeister. Väbler, Gröba.

Neuer schwarz-weiß. Kinder- muss nach Schlachthof bis Gute Quelle verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben

Küller. 13. 3. Fabrihols.

Gutmöbl. Zimmer von Bankbeamten sofort gesucht. Oferien unter 0 8 8415 an das Tägl. Niela erbeten.

2 solide Herren (Brüder) suchen für sofort ein möbl. Zimmer.

Angebote unter 0 N 8413 an das Tageblatt Niela.

Kleiner heizb. Raum zu mieten gesucht. Off. unt. 0 U 8430 an das Tägl. Niela.

14jährl. Mädchen v. Lande (Handelschülerin)

sucht Pension.

Oferien unter 0 L 8411 an das Tageblatt Niela.

35000 M. 1. Hypothek

20000 M. 2. Hypothek

oder eventuell

55000 M. 1. Hypothek auf ein hiesig. Geschäftsgeschäft für sofort oder 1. April gesucht. Ges. Oferien unter 0 R 8417 an das Tägl. Niela.

Zeithain.



Alt-Metalle

Kauften u. verwerten wie ständig, z. B. Kupfer, Metall, Messing, Blei, Zinn, Zink, Metallspäne, Altdien, Kräfte. Oferien und Anfragen erbittet die Firma

Metallschmelzwerk H. Meilich
Dresden-Pl. 6/28, Telefon 17548.

• Pfandbriefe •

der Kreditanstalt Görl. Gemeinden — mündelmaßig u. durch erfahrene Pfandbriefe gesichert —

find gute Kapitalanlage.
Debentur erhältlich bei
Sparassen und Banken.

Einen Vereinsheld findet zum sofortigen Eintritt
Gauhain, Baal.

Wer erzielt
Gitarre-Unterricht?
Oferien unter 0 N 8412 an das Tägl. Niela erbeten.

Tüchtige Stahlformer

von Leipziger Giechel
gesucht.
Angebote unter UL 300 erbeten an Qualitätsbank Leipzig.

Zerkel, Läuferschweine
in großer Auswahl verkauft
Oskar Sieger, Poststr.

Nehpinischer
zu verl. Gathol. Wülfel.

**Young schwere
Althe**
hochtragend u. mit Rädern,
wobei Fußfüße, stehen ständig
zum Verkauf.

Emil Eberhardt,
Wülfel, am Bahnhof.

Kartoffelschalen
rob oder petriniert, kaufen
Gauhainstr. 81.

Getrocknete Kartoffelschalen
an feinen Stückt. Meinherr Str. 14.

Rauke jeden Kosten,
Enten- und Hühnerledern

gerissen und angerissen, zu
höchsten Preisen. Off. unter
0 T 8419 an das Tägl. Niela.

**Guterhaltener
Reiseschließkorb**
70—90 cm lo., zu kaufen gesucht. Oferien unter 0 T 8416 an das Tägl. Niela.

**Ein noch guterhaltener
dunkler Anzug**
für mittlere Haut zu verl.
Rittergut Gröba bei Niela.

2 PS.
Hilfe-Gasmotor
verkaufen preiswert, da über-
zählig. Gebrüder Döppling,
Niela.

1 Drehstrommotor
5 PS, gebraucht, tabelllos, ab-
zugeben. Zu kaufen gesucht.

2 Gleisstrommotoren
je 3½ PS, neu od. gebraucht.
Goldammer & Co., Niela.

30. 4000 Bierflaschen
mit 200 Flaschenköpfen
verkaufen billig. Kommatzher
Gemüse- u. Obstverarbeitung
in Kommatzher. Sept. 55 u. 56.

Zu baldigem Antritt suchen
wir für den Ort Zeithain
eine zuverlässige Person als
Zeitungsträger.

Meldung und nähere Aus-
kunft in der Geschäftsstelle des
Miesener Tageblattes, Niela,
Goethestrasse 59.

Zeitungsträger.

Zeitungsträ

Die Stellungnahme der Parteien zum Vertrauensvotum

Der andere Weg.

Als Briand aus dem Amt gebrängt wurde, war es klar, daß sich neue Scherriegkeiten zwischen Frankreich und England ergeben würden. Das französische Parlament ist höchst empfindlich, wenn Frankreichs Selbständigkeit in Betracht kommt, und Briand war selbst schuld daran, daß die Belohnung um sich greifen konnte. Frankreich lasse sich von der englischen Politik ins Schleppen nehmen. Denn tatsächlich widerstand jedes Zugeständnis, zu dem sich Briand in Cannes bereit zeigte, den kraftvollen, ja kriegerischen Worten, durch die er vorher vorläufige Erfolge errungen hatte. Über jedes Zugeständnis im Sozialen — bezüglich Aufschwungs oder Herabminderung der deutschen Zahlungen — wäre von der offiziellen Meinung Frankreichs noch zu rechtfertigen gewesen, wenn es spontan erfolgt wäre; für einen französischen Plan zur Neuordnung der Reparationsfrage hätte auch der viel angeleitete Briand wahrscheinlich noch Wehrheiten in Kammer und Senat gefunden. Briands Fehler — vom französischen Gesichtspunkt aus ein unverzeihlicher Fehler — war, daß er nach London und Cannes ohne eigene Vorschläge ging, vielmehr sich darauf beschränkte, von den englischen Vorschlägen etwas abzuhandeln. Sein Hauptgegner Poincaré mußte der ehemals allmächtigen, immer noch sehr starken radikalen Partei nicht ihrem Flügel, den Sozialradikalen, aus innerpolitischen Gründen unwillkommen sein. Über die Beleidigung, die sie anfangs ihm gegenüber zeigten, hat sich absohd in ein freundliches Entgegenkommen verwandelt. In seiner äußeren Politik hat Poincaré heute seine Gegner als auf der äußersten Linken und rechts ein Häuflein unentwegter Anhänger des Herrn Clemenceau. Die Machtstellung Poincarés beruht aber auf dem Vertrauen, daß er die Selbständigkeit der französischen Außenpolitik gegenüber der englischen wahren werde.

Nun darf man sich in Deutschland Herrn Poincaré mehr als einen Eichkopf noch als einen Eichhödel vorstellen. Er ist nicht der Mann, Frankreichs Selbständigkeit dadurch zu erweisen, daß er auf eigene Faust vorgeht. Gewaltpolitisch treibt und nicht bloß die Entente mit England in Trümmern klötzt, sondern Frankreich auch mit allen anderen Großmächten auseinanderbringt und glänzend flohert. Niemals würde Poincaré eine Übereinkunft wie jene begehen, die seinerzeit Millerand mit der eigenmächtigen Beleidigung von Frankreich a. W. begangen hat. Er ist, ganz im Gegensatz zu dem ihm vielleicht in Deutschland anziedelten Ruf, ein äußerst schwieriger Politiker, ein ausgewachsener Opportunist und über alles ein erfahrener Kenner der Finanzfragen, der auch beim Reparationsproblem die verschiedenen Möglichkeiten richtig abzuschätzen weiß. Es ist deshalb nur natürlich, daß Poincaré vom Augenblick seines Ablösung ins Amt an sich von zwei Gedanken leitet: Erstens, daß der Triumph für sich haben will, eine wirkliche Regelung der Reparationsfrage, herbeizuführen und zweitens, daß zu diesem Zweck ein anderer als der von Briand im Gouvernement mit Lord George eingeschlagener Weg gefunden werden müsse und daß die neue Richtung durch eine französische Initiative geworfen werden müsse. Alshalb vernahm man denn auch, Poincaré habe erklärt, die Beleidigung der Zahlungen für 1922 sei minder wichtig, der französischen Regelung seie eine Lösung des Gesamtproblems, nicht ein Provisorium am Herzen und für das kommende Jahr solle nur die Reparationskommission eine Entscheidung treffen. Methodenweise weiß man in Deutschland nicht richtig verstanden, was sich aus dieser Haltung Poincarés ergibt. Poincaré hält natürlich wie alle bisherigen französischen Ministerpräsidenten davon fest, daß der Oberste Rat Entscheidungen nur einstimmig treffen könne; man erinnert sich bei uns doch noch daran, daß der Oberste Rat die Entscheidung über Obersteileien, eben weil er sich darüber nicht zu einigen vermochte, dem Föderationsrat übertragen hat. Über die Reparationskommission kann, wie Poincaré in seiner Programmrede noch eigens hervorhob, über den teilweisen Aufschub der deutschen Zahlungen für 1922 mit Stimmenmehrheit entscheiden, und wenn Poincaré ihr diese Entscheidung zugewiesen will, heißt das, daß Frankreich sich hierbei überstimmen zu lassen bereit ist, selbst auf die Gefahr hin, daß der englische Antrag angenommen würde, die deutschen Zahlungen von den in Cannes festgesetzten 720 auf 500 Millionen Goldmark zu ermäßigen, wie ursprünglich in London vereinbart war. Während aber die Reparationskommission probatorisch Bedingungen festsetzt, würde Poincaré ein Definitivum zuladen zu bringen, und es besteht guter Grund zu der Annahme, daß er den Aufschub der Konferenz von Genua um drei Monate, den er zwar nicht fordert, aber eindringlich angeregt hat, gerade zu dem Zweck auszunutzen, um die Reparationsfrage — und man muss hinzufügen, auch die Frage der alliierten Schulden an Amerika — noch vor Genua zu lösen.

Denn es muß jedem, der die französischen Presseauskünfte aufläuft, verfolgt, in die Augen stechen, daß gerade die Blätter, die mit Poincarés Ansprüchen als gut vertraut gelten, in der letzten Zeit die Reparationsfrage ganz sachlich erörtern und übereinstimmend betonen: die Reparationsfrage sei nicht zu lösen ohne gleichzeitige Lösung der Frage der Schulden an Amerika, und die Konferenz von Genua könne ohne vorherige Lösung dieser beiden Hauptfragen nichts Rechtes leisten. Wenn nur vollends ein Pariser Poincaré mit der Unionismus Partei, der rechte Führer der Opposition gegen Briand, das Ultimatum von London in den Fabrikort wirkt, alle Ansprüche auf Erfasch der Renten und Unterhaltsbeiträge aufgibt und die deutsche Schulden so weit herabziehen will, daß sie durch eine internationale Anleihe „mobilisiert“ werden könnte, so sehen wir bereits deutlich, wohin der andere, neue Weg geht. Die Schwierigkeiten dieses Weges aber werben politische fein.

Die Konferenz von Genua.

Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Meldung der "Agence Havas" soll der englische Botschafter Lord Hardinge Montag Poincaré mitgeteilt haben, nach der Meinung der britischen Regierung liege keine Verantwortung vor, die Konferenz von Genua zu verlegen. Ein derartiger Vorwurf könnte in jedem Falle nur von Italien ausgehen; Italien habe indes noch keine derartige Absicht ausgetragen. Das Datum der Konferenz sei der einzige Punkt der Debatte Poincarés, der gegenwärtig den Gegenstand einer Antwort von London bilden würde.

Wie die "Agence Havas" ferner meldet, hält man es in Paris für sicher, daß besaglich des Deutschland zu bewilligenden Mortuums und der von ihm dafür zu fordenden Bürgschaften die britische Regierung das von dem französischen Ministerpräsidenten vorgeschlagene Verfahren annehmen werde. d. h. die Weitergabe des Pro-

Die große Koalition vorläufig gescheitert.

Dienstag vormittag fanden in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Reichskanzlers Besprechungen der Führer der drei Regierungsparteien mit den Führern der Deutschen Volkspartei statt. Die Verhandlungen waren, wie die getreuen Berliner Abendblätter mitteilten, vertraulich. Doch glaubten die Blätter mitteilen zu können, daß die Fron der großen Koalition erörtert worden ist. Nach einer Meldung des Sozialistischen Parlamentsdienstes soll die Auseinandersetzung zur Auflösung dieses Problems von den Demokraten ausgegangen sein. Laut "Vorwärts" soll die Volkspartei sich dazu bereit erklärt haben, ihren Misstrauensantrag zurückzuleben, wenn die große Koalition verwirklicht werden könnte. Bei den Sozialdemokraten soll allerdings der Gedanke einer Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht auf große Gegenliebe. Der "Vorwärts" spricht von einem nicht gülässigen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, der in wicklamer Weise abgewehrt werden müsse. Gestern nachmittag sind dann die einzelnen Fraktionen zusammengetreten, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen beim Reichskanzler Stellung zu nehmen. Hierüber wird in den heutigen Morgenblättern folgendes berichtet:

Das Ergebnis der gestrigen Sitzungen der Reichstagsfraktionen kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Bewährungen um die Herstellung der großen Koalition für den Augenblick gescheitert sind. Der "Sitz" aufgrund kam die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nach kurzer Beratung zu dem Ergebnis, daß vorläufig für die Deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in der interfraktionellen Befreiung aufgeworfen worden sind (Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition). Sie war der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sei, sich über die Frage der großen Koalition zu entscheiden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Besluß gefaßt:

blems an die Reparationskommission und nicht die Erörterung im Obersten Rat.

Die Sachverständigenkonferenz.

Wie Reuter erläutert, ist die Antwort der französischen Regierung auf das britische Ertragen, eine Zusammenkunft von Sachverständigen zusammenzuberufen, in London eingegangen. Wie verlautet, nimmt die französische Regierung der geplanten Zusammenkunft zu, wodurch den Vorwurf, daß Sachverständige aus den Ländern der kleinen Entente (Angolasien, Tschadokowale und Rumänien) an diesen Erörterungen teilnehmen.

Die "Times" meldet: Die britische Regierung erachtet auch die belgische Regierung, Sachverständige nach London zur Vorbereitung der Genuer Konferenz zu entsenden. Amtlich wird noch immer der 8. März als Zeitpunkt für die Eröffnung der Konferenz angegeben. Nichtamtlich jedoch erwartet man allgemein, daß die Konferenz erst einige Zeit darnach zusammenentreten werde.

Die "Agenzia Stefani" teilt mit: Am Hinblick auf den Plan, eine Konferenz der alliierten Finanzminister nach London einzuberufen, um in Verfolg der in letzter Zeit der deutschen Regierung gemachten Mitteilungen die Reparationsfrage einer erneuten Behandlung zu unterziehen, hat die italienische Regierung an die französische und englische Regierung das dringende Ertragen gerichtet, die Konferenz bis nach der Wiedereröffnung des italienischen Parlaments zu verschieben, da bis dahin kein Mitglied des Kabinetts von Rom abkommen könne.

Die Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten.

Im Reichsfinanzministerium wurde gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors von Schleben die Befreiung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten in Anlehnung an die den Arbeitern zu gewährenden Überlebensunterstützungen fortgesetzt. Übereinigungserklärung unter den Spitzenorganisationen darin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Überlebensunterstützungen erhalten werden, den Beamten in enger Anlehnung an diese Büros Wirtschaftsbeihilfen unter Umrechnung von je 10 Pf. Überlebensunterstützung für die Stunde in einem jährlichen Beihilfengang von 250 Mr. genehmigt werden sollen. Nachdem eine Reihe weiterer technischer Einzelfragen besprochen war, gab der Vorstehende namens des Reichsministers der Finanzen die Versicherung ab, daß die Regierung Wert auf möglichst rasche Durchführung der Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfen legt und ihrerseits alles dazu Erforderliche tun werde. Für die Angestellten wird eine entsprechende Regelung getroffen werden.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 14. Februar.

Präsident Löbe widmet dem verstorbenen Abg. Conrad Haunmann (Dem.) einen herzlichen Nachruf, gedenkt der Tätigkeit des Verstorbenen als Vizepräsident der verfassunggebenden Nationalversammlung und seiner dreißigjährigen Tätigkeit als Mitglied des Reichstages. In dieser Stunde, wo sein Leib den Flammen übergeben werde, richte der Reichstag seine Gedanken in die schwäbische Heimat des Verstorbenen. Vizepräsident Dr. Ritter habe es übernommen, einen Krans an seiner Söhne niederzulegen.

Das Haus tritt sodann in die Tagessordnung ein und erledigt eine Reihe kleiner Anfragen. Bemerkenswert ist lediglich eine Erklärung der Regierung, daß eine Bestandsverbindung mit der Quell-Vote sich im Stadium der Vorarbeiten befindet.

Es folgt die zweite Beratung des

Reichsmietengesetzes.

Die Deutschnationalen beantragen, den ganzen Gesetzentwurf abzulehnen.

Das Gesetz will den geschlechtlichen Charakter der Wohnungsmiete festlegen, gegebenenfalls mit Hilfe des Mietsvereinigungsamtes. Die Miete soll bestehen aus Grundmiete (Friedensmiete vom 1. Juli 1914) und den Zuflägen für Betriebs- und Verwaltungskosten, sowie für laufende Instandhaltungsarbeiten. Außerdem sollen Zufläge erhoben

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichskanzler angenommene Erklärung abgeben.

2. Sie ist nicht in der Lage, zu dem Zweck, daß Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendeine Auswirkung bezüglich ihrer Beteiligung an einer groben Koalition zu machen.

Der "Vorwärts" aufsatz hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen: "Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung." Solle dem Reichstage von den Regierungsparteien ein anderes Antwort vorgelegt werden, dann wird die U. S. D. erneut Stellung nehmen, und es wird dabei für die Entscheidung der Fraktion von Bedeutung sein, ob Garantien und Sicherungen gegen Maßregelungen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden. Um den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens die Stimmen zu enthalten, um so eine ausreichende Mehrheit für die Regierung Wirth zu erzielen, wird innerhalb der Regierungsparteien erwogen, den Vertrauensantrag zu abändern, daß er sich nicht allein auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik bezieht, sondern auf die gesamte, besonders auf die auswärtige Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird. Ein solches Vertrauensvotum würde etwa folgendermaßen lauten:

"Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen an, daß sie nach Art. 54 der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung bedarf."

Die endgültige Formulierung des Vertrauensantrages sollte heute vormittag nach Verhandlungen unter den Regierungsparteien erfolgen. — Die Blätter lassen ihre Ausführungen über die innerpolitische Lage dahin zusammen, daß es eine ausreichende Mehrheit für das Kabinett für gesichert halten.

Der "Vorwärts" zufolge wird man sich in der heutigen Reichstagssitzung nicht auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichskanzler wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll den Regierungsparteien die Möglichkeit geben, ihren ursprünglichen Antrag zu ändern und ihn durch einen neuformulierten zu ersetzen.

werden für die sogenannten großen Instandhaltungsarbeiten, wie vollständige Erneuerung der Dachrinne, Abzug des Daches usw. Die Bestimmungen im Einzelnen hat die oberste Landesbehörde zu treffen, die auch anordnen kann, daß die Vermieter die Befreiung der Zufläge für große Instandhaltungsarbeiten übernehmen, jedoch können diese auch im Ermessen der Gemeinden beigetrieben werden. Bei der Festlegung der Zufläge sind auch die Organisationen der Mieter und Vermieter zu hören. Die Kosten für Betriebsumzug und Warmwasser sind gesondert von der Miete zu berechnen. Der Entwurf legalisiert auch die Mietervertretungen der einzelnen Häuser und nicht Mieterausschuß vor. Das Gesetz soll am 1. April 1922 in Kraft treten und zunächst vier Jahre gelten.

Ministerialdirektor Dr. Mitter erklärt, es handle sich bei dem Gesetz um eine Sicherstellung des Hausbesitzes, ohne den Mieter übermäßig zu belasten, und wolle einen Mittelpunkt darstellen zwischen Eigentumsbesitzung des Hauses und der völlig freien Wirtschaft. Eine freie Mietvergleichung, welche die Miete ins Ungemessene steigern würde, lehne die Regierung ab. Außerdem müßte aber auch der Vermieter mehr als bisher geschützt werden und in die Lage kommen, die notwendigen Reparaturen auszuführen zu können.

Abg. Silber Schmidt (Soz.) betont, daß dieses Gesetz keineswegs eine Sozialisierung des Haushaltsgutes bedeute, vielmehr ein kräftiger Schutz der Hausbesitzer sei. Wir haben dem Entwurf im Allgemeinen sympathisch gegenüber, jedoch müssen Kautelen gezwungen werden, daß dem Hausbesitzer nicht in verkappter Form Zuwendungen gegeben und eine Spekulation entsteht wird.

Abg. Gutknecht (Dnat.) lebt das Gesetz ab, weil es ein Ausnahmepreis ist und derartige Kosten verursachen würde, daß es an sich selber zerstören müßte. Der Zweck des Gesetzes sei die Sozialisierung des Wohnungsmarktes. Zudem bediente der Entwurf eine Verhältnissänderung, nur die freie Wirtschaft könne der Wohnungsnott steuern. Der Gedanke des Gesetzes sei zwar gut, die Durchführung aber unmöglich.

Abg. Schlack (B.) hat das Gesetz ab, weil es ein Ausnahmepreis ist und derartige Kosten verursachen würde, daß es an sich selber zerstören müßte. Der Zweck des Gesetzes sei die Sozialisierung des Wohnungsmarktes. Zudem bediente der Entwurf eine Verhältnissänderung, nur die freie Wirtschaft könne der Wohnungsnott steuern. Der Gedanke des Gesetzes sei zwar gut, die Durchführung aber unmöglich.

Nachdem Ministerialdirektor Dr. Mitter den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit mit dem Satz: "Eigentum verpflichtet" zurückgewiesen hat, bemerkt Abg. Dr. Bentivoglio (D. P.) der Grund für die Wohnungsnott sei darin zu suchen, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine Angleichung der Mieten an die Geldentwertung künstlich verhindert worden sei. Mit einem allmäßlichen Anpassen der Mietpreise wäre allen Seiten mehr gedielt gewesen. Die Grundmiete müßte die angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals sowie eine angemessene Abschreibung enthalten. Werde diese Bestimmung nicht in das Gesetz aufgenommen, so sei der Entwurf für seine Partei unannehmbar.

Abg. Aubert (Unabh.): Nur die Sozialisierung des Haushaltsgutes kann die Wohnungsnott beenden. Redner begründet alsdann eine große Anzahl von Anträgen, wonach bei allen Instanzen gegen die Miete vergeholt werden soll. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Mieter. Bissher habe der Haushaltsgut alles in die Tasche gestellt. Dem müßte begegnet werden. Seine Partei mache ihre endgültige Haltung von dem Ausgang der zweiten Lesung abhängig. Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr verlegt. Außerdem Abstimmung über das Vertrauensvotum bzw. die Mietverhandlungen für die Regierung.

Schluss 6½ Uhr.

General Mollet bei Rathenau.

Über den jüngsten Besuch des Generals Mollet bei Rathenau teilt eine Korrespondenzmitteilung mit, daß die Unterredung sich im allgemeinen um den Stand der

zufluss gedreht habe. Mollet hatte den Wunsch, die Aufstellung des neuen Ministers des Innern über die Durchführung des Entwaffnungsvertrages zu lernen. Entgegen Vorstelßberichten von einer neuen Entwaffnungswelle wird mitgeteilt, daß neue Entwaffnungswellen nicht aufgestellt worden sind.

Die englischen Truppen am Rhein und in Oberösterreich.

Um englischen Unterhause sprach Sir Harry Brittain und der Zahl der britischen Truppen, die augenscheinlich am Rhein und in Oberösterreich stehen. Der Kriegsminister gab folgende Zahlen an: Am Rhein 4700, in Oberösterreich 4800. Alle diese Truppen würden zurückgezogen werden, sobald ihre Aufgabe beendet sei.

Eine Gnadenstatistik.

Im Haupthaussaale des Reichstages gab der Reichsjustizminister Dr. Radbruch eine ausführliche Gnadenstatistik bekannt. Danach sind bisher insgesamt 1280 Gnadenverweise in Vorwurf gebracht worden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Weisheitsentschließung des Reichspräsidenten die Strafkoststreckung bei den mit nicht mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe bestraften in nahezu 300 Fällen mit Rücksicht auf den beworbenen Gnadenverweis unterbrochen worden. Urteile, die Suchtkranken betreffen, sind 314 abgedämpft und zwar in 302 Fällen durch Umwandlung in Gefängnisstrafen oder Festhaftung, meist unter gleichzeitiger Überabreitung der Strafmauer. Ferner sind von den Gerichten in zahlreichen Fällen Strafen aufgesetzt und Bewährungsstrafen bewilligt worden.

Ter irische Vulkan.

Nach den weitgehenden Angeklagten, die der Londoner Regierung gegenüber den irischen Unabhängigkeitsbekämpfungen gemacht haben, muß es überraschen, daß die irische Frage dennoch nicht zur Ruhe kommen will. Fast täglich kommen neue Meldungen über Ausschreitungen der irischen Stadtkräfte. Nach allmählich bekanntem Muster suchen die englischen Nachrichten dabei die irischen Revolutionäre in den Bereich der Unmenschlichkeit zu bringen. Der englische Zeit führt gewissenhaft Buch über die Zahl der Frauen und Kinder, die bei Strohköpfen aufzulösen oder angeblich ums Leben kommen. So sollen in Belfast drei Bomben in einer Schatzkiste "geworfen" worden sein. Zweie Kinder wurden getötet, andere wachten ins Krankenhaus gebracht werden. Drei liegen im Sterben. In Dublin und Sligo fielen durch Raubüberfälle auf Banken den Revolutionären 26 000 Pfund Sterling in die Hände. Vorläufig ist freilich kaum damit zu rechnen, daß die aufständische Bewegung den britischen Reichsinteressen gefährlich werden könnte. Aufschlend ist es aber immerhin, daß Michael Collins in einer Drahtstange die amerikanische Vereinigung für die Anerkennung der irischen Republik auffordern zu müssen glaubte, einen Staatsstreich, der gegen die vorläufige irische Regierung geplant werde, nicht an unterstützen.

Attentat in Finnland.

Aus Helsinki wird gemeldet: Dienstag nachmittags wurden auf den Minister des Innern Pitkahti drei Revolverstöße abgefeuert, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Er erlag seinen Verlebungen auf dem Wege zum Krankenhaus. Der Mörder wurde verhaftet. Es ist ein Kaufmann Ernst Tandefelt, der niemals eine politische Rolle gespielt hat. Der Mörder wird für nicht voll zurechnungsfähig gehalten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Vorentwurf des Plausionshändlerschutzes, der Vorschriften über die Entschädigung für die im ehemals feindlichen Anlande und in den von Deutschland abgetretenen Gebieten liquidierten deutschen Güter enthält, sowie wichtige Änderungen des Reichsausgleichsgesetzes vorstellt, ist im Reichsministerium für Wiederaufbau unter Voritz des Staatssekretärs Dr. Müller mit einem großen Kreise von Vertretern der in Betracht kommenden Wirtschaftsverbände eingehend erörtert worden.

Die Nachforschungen nach den Erzbergermördern. Wie die Reichsregierung laut "Vorwärts" mitteilt, wird sie der Blättermeldung, wonach die beiden Mörder Erzbergers sich in Budapest aufzuhalten sollen, nachgehen und Nachforschungen anstreben. — Wie das "8-Uhr-Abendblatt" meldet, hat die Budapester Oberlandesgerichtschaft auf Anhören des Eisenburger Landgerichts einen Stedtbrief gegen die der Erinnerung Erzbergers beschuldigten, und zwar den Würzburger Kaufmann Heinrich Schulz und den chemischen Oberleutnant Tilleken, erlassen. Das Blatt fügt hinzu, zur Ausforschung der Genannten seien auch deutsche Geheimpolizeien nach Budapest gekommen, da sich Unabhangigkeiten ergeben hätten, daß die beiden Angeklagten noch in Budapest aufzuhalten.

Die sozialdemokratische Fünfländerkonferenz. Der "Vorwärts" veröffentlicht das Einladungsschreiben der französischen sozialistischen Partei an die S. P. D., worin

Wie die Dame aufs Eis kam.

Die Schlittschuhläufer haben es dieses Jahr besonders gut gehabt, denn eine ununterbrochene Reihe schöner kalter Frostlinge bot ihnen die beste Gelegenheit, ihre Spuren auf der "Spiegelglatten Bahn" zu erproben. Wer sich dabei an dem reichbewegten und farbenbunten Bild der Eisbahnen erfreute, konnte feststellen, daß die holde Beibildlichkeit nicht nur durch die Farbenpracht ihrer Skater, sondern auch durch ihre Art die charakteristische Note schuf. Neben den Kindern sind es in erster Linie die Damen, die heute dem Eislaufsport huldigen. Es ist aber kaum ein halbes Jahrhundert her, seitdem sich das weibliche Geschlecht aufs Eis wagen darf, ohne für "unmehrlich" und für "exponiert" zu gelten. Als das Schlittschuhlaufen bei uns und im 18. Jahrhundert Mode wurde, waren es zunächst nur wenige Damen, die sich an diesem von Rosskopf geprägten "Sport der Männer" beteiligten. In anderen Ländern, wo die Eislaufkultur schon sehr viel früher ausbreite, war dies anders. In Holland, dem ältesten Land des Schlittschuhsports, ließen die Frauen bereits im Mittelalter auf dem Eis, freilich zunächst hauptsächlich aus praktischen Gründen, denn bei der Menge der im Winter zugefrorenen Kanäle war der "Eislauf" das bequemste und billigste Fortbewegungsmittel, und so sind denn die Bäuerinnen in Holland ebenso wie in Schweden und Norwegen bereits im 15. Jahrhundert auf Schlittschuhen mit ihren Körben zum Markt gelaufen. Doch man aber im Eislauf auch schon in dieser frühen Zeit eine gesundheitsfördernde Tätigkeit sah, geht aus der Geschichte St. Lubwinas, der Heiligen des Eislaufs, hervor. Von Lubwina, der Jungfrau von Schiedam, wird erzählt, daß sie von Kindheit an schwach gewesen sei. Ihre Freunde rieten ihr zur Kräftigung ihres Körpers

die deutschen Delegierten zu der sozialdemokratischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt, die am 25. Februar beginnen soll, eingeladen werden. Als Tagessordnung der Konferenz wird in dem Schreiben angegeben: Die wirtschaftliche Lage Europas und die Reparationsfrage.

Wegen Beleidigung eines belgischen Chauffeurs verurteilt. In dem Verfahren wegen Beleidigung des belgischen Chauffeurs Smeets, das die Gerichte wiederum beschäftigt hat, wurde gestern der Angeklagte von Vogenest von der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt.

Zur Gründung des händigen internationalen Gerichtshofes. Anlässlich der feierlichen Gründung des händigen internationalen Gerichtshofes im Haag am 15. Februar hat die Deutsche Liga für Völkerbund an den Präsidenten Dr. Voß ein Schreiben gerichtet, unterzeichnet von der Deutschen Liga für Völkerbund, gen. Bernstorff, Dr. d. R. Schücking, Dr. R. und Minister a. D. Dr. Wilhelm Simons.

Eine Ausstellung neuer Eisenbahnwagen. Die Reichsverkehrsverwaltung wird ihr Interesse an der Deutschen Gewerbeausstellung in München durch eine Beteiligung bedienen. In erster Linie wird sie eine Reihe neuartiger Fahrzeuge ausstellen. Zur Ausstellung sollen gelangen: eine Mollet-Lokomotive, eine Harzbahnlokomotive, ein Schlagswagen dritter Klasse, ein Gießereiverladeswagen, ein Unterrichtswagen, ein Kühlwagen, ein Einheitswagen vierter Klasse, ein 50-Tonnen-Großholzwagen, ein Berliner Staatsbahnwagen. Der Gießereiverladeswagen stellt ein fabrikates technisches Laboratorium dar, das zu den verschiedenen Werkstätten gefahren werden kann. Der Unterrichtswagen ist ein fahrbare Hörsaal für Vorträge, ausgerüstet mit Tafeln usw. und mit Lichtbildapparat.

Altholzholzware.

Amnestie. Der Präsident der Republik hat den wegen Teilnahme am Dezemberpuß 1920 Verurteilten im großen Umfang Amnestie gewährt, die bis auf geringfügige Ausnahmen eine fast vollständige Aufhebung der wegen des Dezemberpußes verbürgten Strafen bedeutet. Für die Gewährung der Amnestie war maßgebend, daß die überwiegende Mehrzahl der Verurteilten einer unbekannten Agitation zum Opfer gefallen war und keinen Begriff von den wirklichen Zielen des Putschs und der Tragweite der von ihnen begangenen Taten hatte.

Ausland.

Eine Naturalsteuer. Der Rat der Volkskommunisten hat beschlossen, für das Jahr 1922 und 1923 eine einheitliche Naturalsteuer auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu legen und zwar auf Brokkorn, Buttergetreide, Kartoffeln, Delikatessen und Fleisch.

Die deutsche Gesellschaft "Freitag" hat sich um eine Koncession für die Ausbeutung von Landflächen im Wolga-gebiet bemüht. In der ersten Zeit will sie 50 000 Hektaren im mittleren Wolgaebiet mit Motorplänen bearbeiten. Die Dauer der Koncession soll 24 Jahre betragen, nach deren Ablauf die ganze Wirtschaft an die Sowjetrepublik zurückfällt. Die Bezahlung soll bis zum 6. Koncessionsjahr 25 Prozent, sodann 40 Prozent des Kleinertrages der Wirtschaft betragen. Das Volkskommunistische Landwirtschaft will diese Koncession im Bezirk Kostroma gewähren und zwar unter der Bedingung, daß die Interessen der örtlichen Bevölkerung nicht geschädigt werden dürfen. Diese muß also zur Bearbeitung der Koncessionsfläche herangezogen werden, eventuell verstärkt durch landwirtschaftliche Arbeiter anderer russischer Gebiete.

Die Befreiung Sowjetoffiziers. Der revolutionäre Kriegsrat veröffentlicht mit den Unterdriften von Trotski und Kamenev eine Kundgebung über die Befreiung Sowjetoffiziers von den weißen Bändern, die von finnländischen Offizieren mit Mitteln der finnländischen Reaktion organisiert worden waren.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Leichen als Nahrung. Aus Moskau wird gemeldet: Im Verbäcktheitkreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Hunde, Ratten und Motten sind längst aufgegessen. Es werden sich Raub und Tötung. Man sieht Kinder und Schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Indien.

Die Aufstandsbewegung. "Daily Mail" meldet aus Madras: Die Lage ist so bedrohlich, daß alle Europäer in Madras für den Polizeidienst herangezogen und mit Gewehren bewaffnet wurden.

Besuchskarten

in verschiedenen Ausführungen fertigt die Tagesschau-Druckerei, Riesa, Goethestraße 59.

Neues von Bismarcks Sturz.

Der letzte Band von Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen" hat die geschilderte Erörterung der Vorladung bei seinem Sturz neu belebt, und es sind auch bereits eine ganze Reihe anderer wichtiger Quellen über diese für das deutsche Schicksal so entscheidenden Tage veröffentlicht worden. Als eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Mitteilungen treten nun die Berichte des damaligen sächsischen Gesandten in Berlin des Grafen Hobenthal und Bergen, und seiner Zeit, die Eubert Richter im neuen Hof des "Deutschen Stundtau" veröffentlicht. Der sächsische Gesandte war in diese Angelegenheit besonders bewogen verwickelt, weil auf Befehl des Kaisers der König von Sachsen die Behandlung der Arbeiterschlachtage im Bundesrat antreten sollte und Bismarck das unter allen Umständen verhindern wollte. Von 30. Januar 1890 berichtet der Graf seiner Regierung:

"Bismarck ließ mich heute früh bitten, ihm um 11 Uhr aufzusuchen. Seine Durchsicht empfing mich sehr freundlich und sagte mir, die von der königlichen Staatsregierung in Absicht genommenen Arbeiterschlachtage veranlaßten ihn, mit seinem Standpunkt dieser Angelegenheit gegenüber auszutauschen. Er halte dies für umso mehr geboten, als die Angelegenheit in den letzten Tagen schon zu einer partikulären Mindestzeit gelangt habe und ihn bestimmt werde. Seine Ratschläge den Kaiser um seine Entlassung zu bitten, falls sie fortgesetzt werden sollte. Der Kaiser habe sich bei dieser Gelegenheit von Persönlichkeit beraten lassen, denen eine Befugnis hierzu in keiner Weise zustehe. Sein ehemaliger Lehrer, der Geh. Rat Hinsecker, habe angefangen, Graf Douglas und der Oberpräsident von Berlin die selben Beispiel gefolgt. „Seht das so fort“, führte der Reichskanzler hinaus, „so wird Eubert wohl noch nächsten Reichstag beraten, denn ich kann mir mit meinen 75 Jahren und mit meiner nicht ganz erfolglosen Vergangenheit nicht gefallen lassen, daß mein Herr von Leuten beraten wird, die hierzu nicht berufen sind. Schließlich fragt der Kaiser irgendjemanden bestellten Oukareffs, wie er die soziale Frage lösen soll, und will mir dann dessen Meinung aufspinnen, wenn ich nicht beiseite gehen gegen eine beratige Behandlung der Staatsgeschäfte Einspruch erhebe.“ Seine Frau und sein Sohn, der Geh. Rat Hinsecker, habe angefangen, Graf Douglas und der Oberpräsident von Berlin die selben Beispiel gefolgt. „Seht das so fort“, führte der Reichskanzler hinaus, „so wird Eubert wohl noch nächsten Reichstag beraten, denn ich kann mir mit meinen 75 Jahren und mit meiner nicht ganz erfolglosen Vergangenheit nicht gefallen lassen, daß mein Herr von Leuten beraten wird, die hierzu nicht berufen sind. Schließlich fragt der Kaiser irgendjemanden bestellten Oukareffs, wie er die soziale Frage lösen soll, und will mir dann dessen Meinung aufspinnen, wenn ich nicht beiseite gehen gegen eine beratige Behandlung der Staatsgeschäfte Einspruch erhebe.“

Am 31. Januar 1890 berichtet dann der Gesandte über eine Unterredung mit dem Kaiser, in der dieser über sein Verhältnis zum Reichskanzler sagte: „Sie ahnen gar nicht, wie schwer mir der Mann das Leben macht, mein ganzes Staatsministerium hat er bereit los; auch den preußischen Ministerpräsidenten habe er im Laufe dieses Jahres ablegen wollen, um sich ganz und gar auf sein „Altenteil“, die auswärtige Politik und die Führung der preußischen Stimme im Bundesrat, zurückzuziehen.

Seine Einführungnahme auf die inneren Fragen habe er auch mit der Zeit aufgegeben wollen, und zwar wesentlich mehr, als ein Mann von 75 Jahren innerhin noch voll befähigt sei, wenn er nur das erwähnte Altenteil behalte. Würden in diesen die Anträge gestellt, so werde sich ihm die erwünschte Gelegenheit bieten, aus allen seinen Amtern auszuscheiden.“

Am 31. Januar 1890 berichtet dann der Gesandte über eine Unterredung mit dem Kaiser, in der dieser über sein Verhältnis zum Reichskanzler sagte: „Sie ahnen gar nicht, wie schwer mir der Mann das Leben macht, mein ganzes Staatsministerium hat er bereit los; auch den preußischen Ministerpräsidenten habe er im Laufe dieses Jahres ablegen wollen, um sich ganz und gar auf sein „Altenteil“, die auswärtige Politik und die Führung der preußischen Stimme im Bundesrat, zurückzuziehen. Seine Einführungnahme auf die inneren Fragen habe er auch mit der Zeit aufgegeben wollen, und zwar wesentlich mehr, als ein Mann von 75 Jahren innerhin noch voll befähigt sei, wenn er nur das erwähnte Altenteil behalte. Würden in diesen die Anträge gestellt, so werde sich ihm die erwünschte Gelegenheit bieten, aus allen seinen Amtern auszuscheiden.“

Die englische Gesellschaft "Freitag" hat sich um eine Koncession für die Ausbeutung von Landflächen im Wolga-gebiet bemüht. In der ersten Zeit will sie 50 000 Hektaren im mittleren Wolgaebiet mit Motorplänen bearbeiten. Die Dauer der Koncession soll 24 Jahre betragen, nach deren Ablauf die ganze Wirtschaft an die Sowjetrepublik zurückfällt. Die Bezahlung soll bis zum 6. Koncessionsjahr 25 Prozent, sodann 40 Prozent des Klein-ertrages der Wirtschaft betragen. Das Volkskommunistische Landwirtschaft will diese Koncession im Bezirk Kostroma gewähren und zwar unter der Bedingung, daß die Interessen der örtlichen Bevölkerung nicht geschädigt werden dürfen. Diese muß also zur Bearbeitung der Koncessionsfläche herangezogen werden, eventuell verstärkt durch landwirtschaftliche Arbeiter anderer russischer Gebiete.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die Befreiung Sowjetoffiziers. Der revolutionäre Kriegsrat veröffentlicht mit den Unterdriften von Trotski und Kamenev eine Kundgebung über die Befreiung Sowjetoffiziers von den weißen Bändern, die von finnländischen Offizieren mit Mitteln der finnländischen Reaktion organisiert worden waren.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress der Trade Unions und der parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Trotski eine Entschließung übermittelt, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zuständenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundbegriff muß auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Die englischen Sozialisten für die Unabhängigkeit Georgiens. Im Namen des vereinigten Nationalen, der aus der englischen Arbeiterpartei, dem Kongress